

„Es ist gut, dass es in Deutschland Gewerkschaften gibt“

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal

1949 bis 2001

von

Klaus J. Becker

Herausgeber:

Lothar Plogsties, Geschäftsführer

ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal,

Wredestr. 6, 67069 Ludwigshafen, Telefon: 0621/591360

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung

Die Traditionslinien

- **Der Beginn der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung**
- **Der Aufbau der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer**
- **Die Gründung zentraler freigewerkschaftlicher Vereinigungen im Handel, Transport, Verkehr und Gemeindedienst**
- **Die Gründung des Verbandes der Gasarbeiter in Ludwigshafen 1897**
- **Der Gemeindebetriebsarbeiter-Verband in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1898-1906**
- **Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1898-1906**
- **Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1907-1929**
- **Der Deutsche Transportarbeiterverband / Deutscher Verkehrsverbund 1907-1929**
- **Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs 1930-1933**

Verfolgung und Widerstand 1933-1945

Die Rahmenbedingungen 1945-1949

Die ÖTV in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1949-2001

- **Die Gründung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr**

- **Kalter Krieg und die Gewerkschaft ÖTV in Ludwigshafen**
- **Auf dem Weg zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal**
- **Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal in den sechziger Jahren**
- **Die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal**
- **Der politische Extremismus und die ÖTV-Kreisverwaltung in den siebziger Jahren**
- **Die Entwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung bis zum Ende der sozialliberalen Koalition**
- **Die ÖTV-Kreisverwaltung nach der Wende**
- **Von der Deutschen Einheit zur Feier 100 Jahre ÖTV**
- **Auf dem Weg zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di**
- **Die Gründungskonferenz des ver.di-Bezirktes rhein.pfalz**

Schlussbetrachtung

Anhang

- **Dokumente**
- **Quellen**
- **Literatur**
- **Zeitungen**
- **Zeitschriften**
- **Der Kreisvorsitzende**
- **Der Herausgeber**
- **Der Autor**

Vorwort

Einleitung

Die vorliegende Gesamtgeschichte der zwischen 1949 und 1970 konstituierten sowie nach der Gründung des Bezirkes rhein.pfalz der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 2001 wieder aufgelösten ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal fasst im wesentlichen die schon 1997¹ bzw. 2000² vom Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal herausgegebenen Dokumentationen zur Geschichte der Kreisverwaltung zwischen 1897 und 1933 bzw. 1945 bis 1997 zusammen. Ergänzt werden diese beiden Dokumentationen jetzt vom Autor durch Beiträge zur Verfolgung und zum Widerstand der Ludwigshafener Gewerkschafter zwischen 1933 und 1945 sowie zum abschließenden Übergang der ÖTV-Kreisverwaltung in den neuen ver.di-Bezirk zwischen 1997 und 2001. Trotz einer umfassenden Neubearbeitung der beiden vorangegangenen Dokumentationen konnte der Autor dabei die Lücken nicht schließen, die sich ursächlich aus der Quellenlage ergeben. So sind die Traditionslinien der ÖTV-Kreisverwaltung zwischen 1897 und 1949 im wesentlichen nur noch durch Sekundärquellen rekonstruierbar, da sich kein originärer Archivbestand der regionalen Vorgängerorganisationen der ÖTV überliefert hat. Gleiches gilt für die ÖTV-Geschäftsstellen in Frankenthal und Speyer, deren Bestände mit dem jeweiligen Anschluss 1959 bzw. 1970 an die Ludwigshafener Geschäftsstelle verloren gegangen sind. Dies trifft auch auf die Bestände der ÖTV-Geschäftsstelle Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal zwischen 1970 und 1973 sowie zwischen 1988 und 1990 zu. Trotz dieser Quellenverluste bietet das Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal für den Zeitraum 1950 bis 1969 und von 1974 bis 1987 sowie von 1990 bis zur Gewerkschaftsauslösung 2001 dennoch einen in der Bundesrepublik Deutschland nur selten vorhandenen Einblick in eine Regionalorganisation der ÖTV, der umfassend sowohl den gewerkschaftlichen Neubeginn, die eigentliche Organisationsgeschichte als auch die Selbstauflösung dokumentiert. Aus diesem Grund haben sich Herausgeber und Autor im Auftrag des ÖTV-Kreisvorstandes zu der vorliegenden Neubearbeitung und abschließenden Fortschreibung der Geschichte der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal bis 2001 entschlossen. Um beim Übergang zu ver.di weitere Quellenverluste zu vermeiden, wurden zentrale Bestände der ÖTV-Kreisverwaltung zusätzlich bereits im Jahr 2000 dem

¹Nell, Ludwig / Seib, Kurt / Hofmann, Bruno: 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Band 1. Eine Dokumentation vom 25. Oktober 1897 bis 18. Februar 1933. Herausgegeben von Lothar Plogsties, Ludwigshafen 1997.

²Becker, Klaus J.: 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Band 2. Eine Dokumentation vom 24. März 1945 bis 7. November 1997. Herausgegeben von Lothar Plogsties, Ludwigshafen 2000.

Stadtarchiv Ludwigshafen als Depositum³ übergeben, so dass sie über die vorliegende Publikation hinaus zur wissenschaftlichen Aufarbeitung bereit stehen.

³ Das Depositum der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal im Stadtarchiv Ludwigshafen wird deshalb im folgenden zitiert als: StALu / PGV 1 / Nr. Dagegen werden die noch in der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal befindlichen Quellenbestände zitiert als: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Die Traditionslinien

Der Beginn der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Die Frühgeschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist verknüpft mit der industriellen Revolution in Deutschland: Zwar entstand bereits 1784 die erste mechanische Baumwollspinnerei in Ratingen; den industrielle Durchbruch ermöglichte aber erst 1834 der Deutsche Zollverein, der ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet schuf, das den deutschen Unternehmen schlagartig neue Absatzmärkte und Wachstumschancen eröffnete, aber auch Konkurrenzdruck; schon ein Jahr später verkehrte die erste Dampfeisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth und war ab sofort der Führungssektor der industriellen Revolution in Deutschland⁴. Bereits 1844 erfolgte in Schlesien mit dem Weberaufstand die erste größere proletarische Erhebung, die sich gegen Lohnkürzungen und über alles erträgliche Maß hinaus gehende Arbeitszeitverlängerungen wandte. Entsprechend verkündete auch zu Beginn des Jahres 1848 Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ einen langanhaltenden Klassenkampf zwischen den Besitzern der neuen industriellen Produktionsmitteln, der Bourgeoisie und den modernen Lohnarbeitern, den Proletariern, die nach seiner Auffassung nichts als ihre Ketten zu verlieren, aber durch die kommunistische Revolution eine Welt zu gewinnen hätten⁵. Tatsächlich beteiligten sich diese modernen Lohnarbeiter dann auch 1848/49 in der „Deutschen Revolution“ aktiv am Kampf des Bürgertums um eine Demokratisierung Deutschlands und schufen sich erste eigene Organisationszusammenhänge. Der Sieg der reaktionären Kräfte 1849 brachte dann aber nicht nur deren Verbote mit sich, sondern auch erfolglose Streiks in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Beides verstärkte jedoch anschließend das erneute Streben der noch jungen Arbeiterbewegung nach organisatorischen Zusammenschlüssen in eigenen Arbeitervereinen und –parteien. Ausdruck fand dies 1863 in dem von Ferdinand Lassalle gegründeten reformbürgerlichen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – ADAV“, der sich 1868 auch eine gewerkschaftliche Organisation gab. Dies war aber auch eine Abwehrreaktion auf den „Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine – VDAV“, der 1868 ebenfalls zur Gründung von Gewerksgenossenschaften aufrief und für den August Bebel bereits ein Musterstatut entwickelte, dem die gewerkschaftlichen Organisationen im wesentlichen noch heute folgen. Politisch organisierten sich die Anhänger Bebels 1869 in der „Sozialdemokratischen

⁴ Vgl. Buchheim, Christoph: Industrielle Revolutionen, München 1994, S. 98 ff.

⁵ Vgl. Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, London 1848.

Arbeiterpartei Deutschlands – SDAP“. 1875 vereinigten sich der ADAV und die SDAP in der „Sozialistischen Arbeiterpartei – SAP“. Der nun vereinigten Arbeiterbewegung versuchten die Herrschenden erstmals am 21. Oktober 1878 durch ein Organisationsverbot – „Sozialistengesetz“ – entgegenzutreten, das aber die aufwärtsstrebende Selbstorganisation der Arbeiter nicht mehr zerschlagen konnte. Vielmehr konnten sie schon vor der Verbotsaufhebung am 30. September 1890 neue Erfolge verzeichnen. So war es bereits während der Dauer des Sozialistengesetzes zur Neugründung der 1878 ebenfalls verbotenen Gewerkschaften gekommen. Am 16. November 1890 trat dann in Berlin eine Konferenz der Delegierten aller neuen Gewerkschaften zusammen und beschloss eine Zentralkommission unter der Führung von Carl Legien ins Leben zu rufen, die als Generalkommission bezeichnet, bis 1919 die oberste Instanz der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften blieb; freilich aber das Grundproblem der Zersplitterung der Basisorganisationen nach Berufsgruppen noch nicht aufheben konnte⁶.

Der Aufbau der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer

Ludwigshafen, die heutige Chemiestadt am Rhein war 1853 als Handelsstadt gegründet worden. Allmählich nahm sie jedoch auch den Charakter einer Industriestadt an. Die Folge davon war nicht nur ein stürmischer Zuwachs der Bevölkerung, sondern auch das Auftreten der Arbeiterbewegung. Bereits am 14. Oktober 1869 führte der ADAV im benachbarten Oggersheim eine Zusammenkunft mit 80 Teilnehmern durch. 1871 streikten erstmals 600 Arbeiter in der Oggersheimer Samtfabrik. Noch unter dem Sozialistengesetz wurde 1889 mit Franz Josef Ehrhardt erstmals ein Sozialdemokrat in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt; 1895 konstituierte sich das zentrale Gewerkschaftskartell⁷.

In Frankenthal verdoppelte sich die Bevölkerung zwischen 1800 und 1880 auf 9 000. Ursächlich hierfür war die rasch voranschreitende Industrialisierung. Bereits 1868 traten hier mehrere Schneider der Gewerkschaftsorganisation des ADAV bei; 1872 wurde eine ADAV-Ortsgruppe gegründet⁸.

⁶ Vgl. Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1959, S. 19 ff.; Tenfelde, Klaus: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Herausgegeben von Ulrich Borsdorf, Köln 1987, S. 15 ff.; Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Bonn 1989, S. 31 ff.

⁷ Vgl. Breunig, Willi: Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869-1919, Ludwigshafen 1990, S. 25 ff.

⁸ Vgl. Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall: Es gilt den Kampf. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949. Bearbeitet von Michael Ebenau und Alfred Kuffler, Frankenthal 1984, S. 13

Speyer hingegen war Mitte des 19. Jahrhunderts eindeutig vom Handwerk und Einzelhandel bestimmt. Die Industrialisierung erfolgte langsam. 1874 gründete sich eine Ortsgruppe des ADAV. Bis 1895 hatte sich aber auch in Speyer die Entwicklung zugunsten der Industrie vollzogen, entsprechend zog auch 1896 mit Friedrich Graf der erste Sozialdemokrat in den Stadtrat ein⁹.

Die Gründung zentraler freigewerkschaftlicher Vereinigungen im Handel, Transport, Verkehr und Gemeindedienst

In der Statistik der Generalkommission für das Jahr 1891 war nur der „Hafenarbeiterverband“ mit 6 000 Mitgliedern als Transportarbeiterorganisation verzeichnet. Er bildet insofern die Urzelle der Gewerkschaft ÖTV. 1894 kam die Organisation der „Handelshilfsarbeiter“ mit knapp 4 000 Mitgliedern hinzu. 1897 erschien in der Statistik zum ersten Mal auch ein kleiner Verband von Arbeitern des öffentlichen Dienstes unter der Bezeichnung „Gasarbeiter“ mit 924 Mitgliedern¹⁰. Für sie erschien bereits seit dem 1. Januar 1897 ein eigenes Fachorgan „Die Gewerkschaft – Organ für die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigung, Kanalisations-Wasserwerken) auf Holz- und Kohleplätzen und sonstige Arbeitsleute“¹¹.

Die Gründung des Verbandes der Gasarbeiter in Ludwigshafen 1897

Am 7. November 1997 beging die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal festlich ihre 100-Jahr-Feier¹². Berechtigten Anlass hierfür bot folgendes - genau hundert Jahre zurückliegendes - Ereignis: Am 25. Oktober 1897 fand in Ludwigshafen eine gut besuchte Besprechung der Gas- und anderen städtischen Arbeiter statt. Zunächst wurde beschlossen, an die Stadtverwaltung eine Petition einzureichen, welche anstelle der bisherigen 14tägigen Lohnzahlung die 8tägige verlangte. Die anwesenden Kollegen unterschrieben sämtlich das Gesuch. Darauf wurde von einigen Rednern auf den Zweck der Organisation hingewiesen, worauf circa 30 Anwesende dem Verband der Gasarbeiter beitraten. Zusammen mit den

ff. sowie Schiffmann, Dieter: Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Frankenthal, in: Die pfälzische Sozialdemokratie. Herausgegeben von Manfred Geis und Gerhard Nestler, Edenkoben 1999, S. 111 ff.

⁹ Vgl. Fenske, Hans: Speyer im 19. Jahrhundert, in: Geschichte der Stadt Speyer. Herausgegeben von der Stadt Speyer. Band II, Stuttgart / Berlin / Köln, Mainz 1982, S. 209 ff.

¹⁰ Vgl. Furtwängler 1959, S. 60 ff. sowie Nell u.a. 1997, S. 6 ff.

¹¹ Vgl. das Faksimile der Erstausgabe, in: StALu / PGV 1 / Nr. 28.

¹² Vgl. Gedenkmappe 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, in: StALu / PGV 1 / Nr. 82 sowie der Ordner Jubilarehrung 1997, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

bisher in Mannheim organisierten Kollegen hatte der Zentralverband damit in Ludwigshafen schon ungefähr 50 Mitglieder aufzuweisen, so dass eine Verwaltungsstelle gegründet wurde¹³.

Der Gemeindebetriebsarbeiter-Verband in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1898-1906

Da nicht nur in Ludwigshafen die Organisation nun bereits weit über die Gasarbeiter hinausging, firmte der Zentralverband ab 1898 als „Gemeindebetriebsarbeiter-Verband“ mit reichsweit 1 600 Mitgliedern¹⁴, so dass die Größe der Ludwigshafener Filiale also keineswegs unbeachtlich war. Diese führte als Nächstes am 7. August 1898 im Lokal F. Konrad, Oggersheimerlandstraße 50, eine „gemütliche Unterhaltung“ durch, welche sehr zahlreich besucht war. Dabei wurde von „verschiedenen Kollegen deklamatorische Vorträge gehalten, wofür sie lebhaften Beifall ernteten“¹⁵. Dass die Ludwigshafener Mitglieder des Gemeindebetriebsarbeiter-Verbandes aber sich keineswegs auf deklamatorische Reden beschränken wollten, machten sie auf ihrer nächsten Versammlung am 7. Dezember 1898 deutlich, als sie von der Direktion der städtischen Gasanstalt nicht nur eine Lohnerhöhung um 10%, sondern auch ein Bad für die körperliche Reinigung forderten¹⁶. Unterstützt in diesen Forderungen wurden sie von den Kollegen in Frankenthal und Speyer, die am 26. Februar 1899 bzw. im September 1900 ihre Filialen gründeten¹⁷. Bei der Mitgliederversammlung der Ludwigshafener Filiale am 25. Juli 1902 wurde moniert, dass zwar sämtliche Gasarbeiter organisiert seien, die sonstigen städtischen Arbeiter aber noch immer abseits stehen würden¹⁸. Unterstützt wurde der Ludwigshafener Gemeindebetriebsarbeiter-Verband dagegen von der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtrat, die u.a. 1905 die Bildung eines ersten 15köpfigen Arbeiterausschusses für alle städtischen Betriebe erreichen konnte. In diesem alle zwei Jahre neu zu wählenden Gremium hatte der Gemeindebetriebsarbeiter-Verband von Anfang an die absolute Mehrheit und erreichte u.a. bereits 1906, dass die städtischen Arbeiter anschließend jährlich zur bereits traditionellen Demonstration der Arbeiterbewegung am 1. Mai unbezahlten Urlaub nehmen konnten¹⁹.

¹³ Der Bericht über die Gründungsversammlung aus „Die Gewerkschaft“ ist dokumentiert, in: Nell u.a. 1997, S. 7.

¹⁴ Vgl. Furtwängler 1959, S. 112.

¹⁵ Der Bericht über die Versammlung aus „Die Gewerkschaft“ ist dokumentiert, in: Nell u.a. 1997, S. 10.

¹⁶ Der Bericht über die Versammlung aus „Die Gewerkschaft“ ist dokumentiert, in: Nell u.a. 1997, S. 11.

¹⁷ Vgl. die Übersicht über die Bewegung des Mitgliederstandes der drei Filialen zwischen 1898 und 1900 aus „Die Gewerkschaft“, in: Nell u.a. 1997, S. 11.

¹⁸ Der Bericht über die Versammlung aus „Die Gewerkschaft“ ist dokumentiert, in: Nell u.a. 1997, S. 14.

¹⁹ Vgl. Breunig 1990, S. 408 ff.

Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1898-1906

Vom 25. bis 28. Dezember 1898 hielt der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Kassel seine erste Generalversammlung ab²⁰. Eine regere Tätigkeit entfaltete er zunächst ab 1901 in Frankenthal, ab 1902 in Ludwigshafen - gegründet worden war die Organisation dort freilich bereits 1898 - und ab 1903 in Speyer. Organisiert wurden im Verband die Kutscher und Transport der hiesigen Brauereien, Eisfabriken usw., die gegenüber dort beschäftigten Fachkräften unter noch elenderen Bedingungen arbeiten mussten. Zwar gelang oft die Organisation der Betroffenen, selten jedoch waren sie zu einem aktiven gewerkschaftlichen Engagement zu bewegen. Hinzu kam, dass der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Ludwigshafen mit dem Hafenarbeiterverband eine starke innergewerkschaftliche Konkurrenz hatte²¹.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1907-1929

Der Gemeindebetriebsarbeiter-Verband bezeichnete sich ab 1907 als Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter²². Bereits im September des gleichen Jahres konnten die Heizer bei den Gaswerken in Frankenthal den 8-Studentag erringen – je nach Berufsbild höchst unterschiedliche Haustarifverträge waren damals noch die Regel²³. Aber auch in Ludwigshafen zeichnete sich der Stadtrat – nicht zuletzt aufgrund der starken sozialdemokratischen Fraktion – bis 1914 durch fortschrittliche Beschlüsse aus und bemühte sich auch während des Ersten Weltkriegs um den Erhalt eines Mindestmasses von sozialer Stabilität in der Stadt. Entsprechend beteiligten sich hier die Mitglieder des Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht an der ab 1915 auch in der Pfalz sich formierenden Opposition innerhalb von SPD und Gewerkschaften gegen die bei Kriegsbeginn 1914 verkündete Burgfriedenpolitik zwischen Parteiführung und Generalkommission einerseits und dem wilhelminischen Kaiserreich andererseits²⁴.

²⁰ Vgl. Furtwängler 1959, S. 93 sowie Nell u.a. 1997, S. 16.

²¹ Zum Verband der Handels-, Transport und Verkehrsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer vgl. die bei Nell u.a. 1997, S. 17 ff. veröffentlichten Dokumente. Zum Hafenarbeiterverband vgl. Breunig 1990, S. 411 ff.

²² Vgl. Furtwängler 1959, S. 152.

²³ Vgl. Nell u.a. 1997, S. 35 ff.

²⁴ Vgl. Breunig 1990, S. 410 ff. Zur Spaltung der pfälzischen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt a. d. W. 1989 sowie Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Mainz 2001, S. 15 ff.

Mit der Novemberrevolution 1918 ging zwar dann in Deutschland die politische Macht kurzzeitig auf die Arbeiterbewegung über, aber die auch in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte beschränkten sich auf eine Regulierung des Übergangs von der parlamentarischen Monarchie zur Demokratie. Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 unterstrich dann nur noch, dass die Bevölkerung zwar in einem breiten Maße für die Demokratie votiert hatte, eine sozialistische Mehrheit unter ihr aber zu keinem Zeitpunkt vorhanden gewesen war. Neben dem vorläufigen Sieg der Demokratie blieb als Ergebnis der Novemberrevolution also nur die endgültige parteipolitische Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische Mehrheit und eine als USPD sozialistische, ab 1920 als KPD dann kommunistische Opposition, die sich insbesondere in ihrem Verhältnis zur Demokratie und über den Charakter der kommunistischen Revolution in Russland höchst uneinig waren²⁵. Beide Gruppen verblieben jedoch gewerkschaftspolitisch zunächst unter dem Dach des 1919 in Nachfolge der Generalkommission gegründeten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes – ADGB, der zunächst ebenfalls noch von dem Sozialdemokraten Carl Legien geleitet wurde. Erst 1923 unternahm die KPD dann erste Spaltungsversuche bei Einzelgewerkschaften – in Ludwigshafen insbesondere beim Fabrikarbeiterverband in den Chemiebetrieben²⁶.

Innerhalb des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer verzichtete die kommunistische Opposition jedoch auf Spaltungsversuche; nicht zuletzt da diese dort aufgrund der starken sozialdemokratischen Dominanz auch aussichtslos gewesen wären. Trotzdem waren die in der Frühphase der ÖTV in Ludwigshafen so signifikanten politischen Reibereien zwischen sozialdemokratischer Mehrheit und kommunistischer Minderheit auch hier bereits in Weimarer Republik an der Tagesordnung. Dies ist für die Interpretation der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal auch deshalb von großer Bedeutung, da ihre Gründungsväter nun erstmals in zentrale gewerkschaftliche Funktionen gewählt wurden. So wurde der nach 1949 nicht nur die Ludwigshafener ÖTV dominierende Sozialdemokrat Edwin Will²⁷ 1922 erstmals zum Betriebsratsvorsitzenden der städtischen Betriebe in der Chemiestadt gewählt. Bereits 1924 übernahm er die Leitung der Ludwigshafener Filiale des Verbandes der Gemeinde- und

²⁵ Vgl. zur Novemberrevolution in Ludwigshafen: Breunig 1990, S. 521 ff sowie in Speyer: Fenske, Hans: Speyer in der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Speyer, S. 293 ff. und in Frankenthal: Verwaltungsstelle 1984, S. 50 ff.; generell zum Verhältnis von SPD, USPD und KPD in der Pfalz ab 1919 auch Hermann 1989 und Becker 2001, S. 20 ff.

²⁶ Vgl. Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983 und Becker 2001, S. 27 ff.

²⁷ Vgl. die Biografie von Edwin Will, in: Zimmermann, Rüdiger: 100 Jahre ÖTV - Biographien. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996 sowie bei Becker 2000, S. 196 ff.

Staatsarbeiter. Der Speyerer Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter stand ab dem 6. Februar 1925 der Sozialdemokrat Bernhard Ableiter vor. Unter seiner Führung vollzog die Filiale eine energische Abgrenzung zur Speyerer KPD²⁸. 1945 war Ableiter der Mann der ersten Stunde beim Wiederaufbau der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst in Speyer. In Oppau wurde dagegen der Kommunist Georg Süß²⁹ am 19. Februar 1926 zum Vorsitzenden der neugegründeten Filiale gewählt. 1945 war er führend am Wiederaufbau der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst in Ludwigshafen beteiligt. 1928 wechselte Edwin Will als Bezirkssekretär des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nach Berlin³⁰. Sein Nachfolger in Ludwigshafen wurde Johann Keilbach³¹. Keilbach war 1949 der erste Vorsitzender der ÖTV in Ludwigshafen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband / Deutscher Verkehrsverbund 1907-1929

Auf seiner 5. Generalversammlung im Mai 1907 in Berlin benannte sich der Verband der Handels-, Transport und Verkehrsarbeiter in Deutscher Transportarbeiterverband um³². Bis 1914 profitierte er vom allgemeinen Aufwärtstrend der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Auch in der Frage des „Burgfriedens“ 1914 stand er auf der Linie der Generalkommission und der Mehrheitssozialdemokratie. Da das Transportgewerbe generell wenig Frauen beschäftigte, verschob sich der von Männern dominierte Gesamtcharakter der Organisation nicht während des Ersten Weltkriegs³³. Ab 1. Januar 1923 führte der Deutsche Transportarbeiterverband den Namen Deutscher Verkehrsverbund. Gleichzeitig wurden Fusionsverhandlungen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter aufgenommen³⁴.

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs 1930-1933

²⁸ Vgl. den Bericht über Generalversammlung der Speyerer Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in: Nell u.a. 1997, S. 61.

²⁹ Vgl. die Biografie von Georg Süß, in: Becker 2000, S. 193.

³⁰ Vgl. den Bericht über Generalversammlung der Ludwigshafener Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in: Nell u.a. 1997, S. 74.

³¹ Vgl. die Biografie von Johann Keilbach, in: Becker 2000, S. 178.

³² Vgl. Furtwängler 1959, S. 152 ff. und Nell u.a. 1997, S. 31 ff.

³³ Allgemein zur Geschichte der Arbeiterfrauen in Ludwigshafen vgl. Friedrich, Claudia: Emanzipation auf Widerruf, Ludwigshafen 2000.

³⁴ Vgl. Furtwängler 1959, S. 337 ff.

Vollzogen wurde die Fusion des Deutschen Verkehrsverbundes mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter aber erst zum 01. Januar 1930. Mit der Bildung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs war also die eigentliche Vorläuferorganisation der ÖTV entstanden. Als Organ des Gesamtverbandes erschien weiter „Die Gewerkschaft“. In Ludwigshafen wurde die Bezirksverwaltung erstmals von einem hauptamtlichen Sekretär betreut. Trotzdem stand der Gesamtverband von Anfang an unter keinem guten Stern, denn gleichzeitig näherte sich die Weimarer Republik ihrem Ende. Bereits im März 1930 erklärte der sozialdemokratische Reichskanzler Müller aufgrund eines Konfliktes mit dem ADGB über mögliche Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung seinen Rücktritt. Es folgten die systematische Auflösung der Republik durch die von Reichspräsident von Hindenburg ohne parlamentarische Mehrheit ernannten Reichskanzler, die ihrem Abschluss in der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 hatte³⁵.

³⁵ Vgl. Furtwängler 1959, S. 472 ff. sowie Nell u.a. 1997, S. 72 ff.

Verfolgung und Widerstand 1933-1945

Am 30. Januar 1933 verfolgte die deutsche Arbeiterbewegung - ausgehend von ihrer völlig falschen Analyse der realen Gefahr durch die Hitlerbewegung - die Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt. Zwar wandte sich das ZK der KPD noch am gleichen Tag mit einem Aufruf zum Generalstreik auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen SPD und KPD folgenlos. Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz der KPD am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteiorganisation, in Mannheim noch einmal einen „Antifaschistischen Massenaufmarsch“ mit rund 10 000 Teilnehmern durchzuführen. Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung dann bereits am 3. Februar 1933 wieder von den Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung endgültig gespalten gegenüber³⁶.

ADGB, SPD und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold durften zwar noch demonstrieren - am 4. Februar 1933 mobilisierte in Ludwigshafen ihre Dachorganisation „Eiserne Front“ noch einmal 20 000 Teilnehmer zu einer Demonstration für die Verteidigung der Republik - und hielten entsprechend auch an der Legalität ihrer Organisationen fest³⁷. Aber allein ein Appell des Organs des Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs zu einer sozialistischen Einheitsfront: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei müssen sich zusammenfinden“, führte schon zum Verbot von „Die Gewerkschaft“ vom 18. Februar bis 7. März 1933³⁸.

³⁶ Vgl. Becker 2001, S. 54 ff.

³⁷ Vgl. Meinzer, Lothar: Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen 1991, S. 161.

³⁸ Vgl. Furtwängler 1959, S. 577 ff.

Die KPD dagegen verstärkte die Umstellung auf die Illegalität nun auch in ihrem Bezirk Baden-Pfalz - die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht - wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1 500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10 000 im Reich nutzten. In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten worden war. Faktisch war die KPD, die formell selbst nicht verboten wurde, also ab dem 28. Februar 1933 in Deutschland illegal und ihres gesamtes Vermögen verlustig. Bis zur Reichstagswahl am 5. März 1933 blieben die Strukturen der KPD dennoch intakt. Es gelang, verhaftete Funktionäre zu ersetzen und eine Wahlbeteiligung der Parteibasis auch unter halblegalen Bedingungen zu gewährleisten³⁹.

So konnte die KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4 845 379 Wähler (12,3%) für sich mobilisieren – für die SPD votierten 7 176 505 Wähler (18,3%) – für die NSDAP jedoch 17 265 823 (43,9%). In Ludwigshafen jedoch lagen die Arbeiterparteien SPD (25,3%) und KPD (15,2%) zusammen noch immer vor der NSDAP (34,7%). Nach diesem für die Nationalsozialisten also enttäuschenden Wahlausgang ergriff die Welle des Terrors der SA-Formationen nun alle Formationen der Arbeiterbewegung: In der Nacht zum 10. März 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Regierungsgewalt auch in Bayern und ließen durch SA und SS auf allen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne hissen. In Oppau versuchten Mitglieder der SPD, darunter der sozialdemokratische Bürgermeister Zorn, daraufhin am frühen Morgen die Fahne wieder einzuholen. Dabei wurde das SPD-Mitglied Hüter von einem SA-Mann erschossen. Die führenden Oppauer Sozialdemokraten wurden anschließend in „Schutzhaft“ genommen, aber auch der Oppauer Filialvorsitzende des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs Gustav Süß. Er blieb bis 11. April 1933 in „Schutzhaft“. Danach wurde er aus dem öffentlichen Dienst bei den Gaswerken der Stadt Oppau entlassen und blieb bis 1938 ohne Beschäftigung. In Ludwigshafen wurde noch am 11. März 1933 das Gewerkschaftshaus und das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post“ von SA- und SS-

³⁹ Vgl. Becker 2001, S. 54 ff.

Männer unter der Führung des späteren KZ-Kommandanten Eicke besetzt. Dutzende dort festgesetzte SPD-Mitglieder wurden misshandelt, Reichsbanner und Eiserner Front verboten und in der drauffolgenden Nacht alle Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion in Schutzhaft genommen⁴⁰.

Trotz dieser Drangsalierungen hielt der ADGB an seinem Legalitätsprinzip fest. Noch am 14. März 1933 führte der Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen durch. Am 17. März 1933 wurden die besetzten Gewerkschaftshäuser wieder freigegeben, mit der Auflage, die Häuser nur für gewerkschaftliche und sozialpolitische Zwecke zu verwenden. Entsprechend wandte sich der gesamte Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs am 18. März 1933 in „Die Gewerkschaft“ an die Verbandsmitglieder und rief zu Disziplin und Besonnenheit auf. Die Selbstaufgabe des Gewerkschaften wurde dann am 21. März 1933 eingeleitet, als der ADGB-Vorsitzende Leipart anlässlich der Konstituierung des neuen Reichstags Hitler anbot, „der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen dienlich zu sein“ und sich politisch restlos von der SPD zu lösen⁴¹.

Die neue Regierung hatte jedoch längst einseitig das Prinzip der Legalität aufgekündigt. Alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten den Reichstag nicht einmal mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die KPD-Abgeordneten von der faschistischen Regierung bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden. Dies galt auch für die Mandatsträger der KPD auf der Ebene der Landes- und Kommunalparlamente. Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 – mit dessen Ablehnung bewies die SPD-Fraktion im Reichstag ein letztes Mal großen Mut – und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde dieser Willkürakt zur parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung für die NSDAP nachträglich legitimiert⁴².

Schon am 29. März 1933 waren sämtliche Arbeitervereine verboten und die Arbeiterbewegung damit ihr eigenen Sport- und Freizeitkultur beraubt worden, denn zuvor

⁴⁰ Vgl. Meinzer 1991, S. 127 ff. sowie Janson, Günther / Lutz, Hans / Lutz, Käthe: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 10. März 1933 in Oppau, Ludwigshafen 1989 und zu Georg Süß: StALu / N 1 / Nr. 151.

⁴¹ Vgl. Furtwängler 1959, S. 580 ff. sowie Nell u.a. 1997, S. 78 und Meinzer 1991, S. 161.

⁴² Vgl. Becker 2001, S. 55 ff.

hatte sich die Arbeiter bei den im März 1933 angelaufenen Betriebsratswahlen noch einmal den neuen Herrschern verweigert. Als reichsweit in 1 387 Betrieben nur 11,7% aller Betriebsrätemandate auf die NSBO entfallen waren, unterbrach die Regierung die Wahl mit dem Gesetz über die Betriebsvertretungen vom 4. April 1933 zunächst bis zum September 1933, ohne sie dann fortsetzen. Bereits am nächsten Tag wurde Franz Hund, der Ludwigshafener Bezirkssekretär des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs in „Schutzhaft“, genommen⁴³.

Der Aberkennung der Reichstags- und Landtagsmandate der KPD folgte im April 1933 auch die Entziehung der Kommunalmandate, da die Stimmenanteile der KPD vom 5. März bei der Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis nicht berücksichtigt wurden⁴⁴. Trotzdem besaß die NSDAP im Ludwigshafener Stadtrat noch immer nicht die Mehrheit, worauf die verbliebenen elf Sozialdemokraten bereits am 28. April 1933 mit brachialer Gewalt gezwungen wurden, das Gremium zu verlassen⁴⁵.

Trotz dieser augenscheinlichen Entwicklung hielt der ADGB weiter an seinem Legalitätsprinzip fest und forderte seine Mitglieder auf, sich am 1. Mai 1933 „allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern zu beteiligen“. Der Dank des Regimes erfolgte am nächsten Morgen: Um zehn Uhr besetzten SA- und SS-Kommandos das Ludwigshafener Gewerkschaftshaus und verhafteten sechs Bezirkssekretäre des ADGB. Das Gewerkschaftsvermögen wurden konfisziert; die Gewerkschaftspresse, so auch „Die Gewerkschaft“ wurden nun im Sinne der Herrschenden redigiert. Am 6. Mai 1933 wurde die „Deutsche Arbeitsfront“ anstelle des ADGB und mehrerer kleinerer Verbände außerhalb des ADGB propagiert. Am 26. Juni 1933 wurde der Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs in den „Deutschen Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe“ umgewandelt; am 29. Juli erhielt auch „Die Gewerkschaft“ mit „Arbeit und Staat“ einen neuen Titel⁴⁶.

Nach der Zerschlagung von KPD und ADGB konnten sich die Nationalsozialisten mit ihrer Salami-Taktik nun wieder den Sozialdemokraten zuwenden. Zwar stimmte die Restfraktion

⁴³ Vgl. Furtwängler 1959, S. 586 ff. und Meinzer 1991, S. 161 f.

⁴⁴ In Bayern und damit auch in Ludwigshafen Speyer und Frankenthal wurden die Ausführungsverordnungen am 7. April 1933 verkündet und eine Neukonstituierung der Kommunalparlamente unter Ausschluss der KPD bis zum 27. April 1933 angeordnet.

⁴⁵ Vgl. Meinzer 1991, S. 128 ff.

⁴⁶ Vgl. Furtwängler 1959, S. 591 ff. und Meinzer 1991, S. 162 ff.

der SPD im Reichstag am 17. Mai 1933 in einer Mischung aus Resignation und Legalitätsillusion den vorgeblichen Friedenszielen von Hitler im Reichstag zu, aber auch hierfür erfolgte die Quittung am 22. Juni 1933 mit dem offiziellen Verbot der Partei. In Ludwigshafen verkündete der NS-Bürgermeister Foerster als „Sofortmaßnahme“ die Entlassung von 61 sozialdemokratischen Arbeitern, darunter mit Johann Keilbach auch den letzten Ludwigshafener Vorsitzenden der Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. In Speyer lag am 6. Juli 1933 die Rücktrittserklärung der letzten fünf sozialdemokratischen Stadträte vor⁴⁷.

Die Arbeiterbewegung versuchte zwar anschließend auch in der Illegalität eigene Strukturen aufrechtzuerhalten; diese Versuche beschränkten sich jedoch fast ausschließlich auf Ansätze zur Bewahrung der Parteiorganisationen von KPD und SPD. Auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal wurde für diese Versuche ein hoher Preis gezahlt: Der Ludwigshafener KPD-Reichstagsabgeordnete Eugen Herbst wurden von den Nationalsozialisten genauso ermordet, wie der Speyerer Sozialdemokrat Jakob Schultheis oder der Frankenthaler Arbeiter Ludwig Neischwander. Ihr Opfergang wurde nach 1945 kaum gewürdigt. Neben weiteren Todesopfern haben für beide Organisationen auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal zahlreiche weitere Mitglieder jahrelange Gefängnisstrafen, KZ-Aufenthalte und Emigration erdulden müssen. Trotzdem lassen sich informelle Strukturen der Arbeiterbewegung - und seien es auch nur noch private Treffen - auch hier bis zur Befreiung 1945 nachweisen. Aus den Reihen der Vorgängerorganisation der ÖTV - dem Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs - sei hier nur der Oppauer Filialvorsitzende Georg Süß erwähnt, der bis 1936 die illegale KPD in Oppau leitete und der Ludwigshafener Filialvorsitzende Johann Keilbach, der nach 1933 noch mehrfach verhaftet und im Mai 1945 aus dem KZ Dachau befreit wurde⁴⁸.

⁴⁷ Vgl. Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1933, Frankfurt a. M. 1983, S. 157 sowie Meinzer 1991, S. 143 und Ohler, Norbert: Speyer in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, in: Geschichte der Stadt Speyer. Herausgegeben von der Stadt Speyer. Band II, Stuttgart / Berlin / Köln, Mainz 1982, S. 355 ff.

⁴⁸ Vgl. Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Landau 1997 sowie Verwaltungsstelle 1984, S. 76 ff. und Becker 2001, S. 56 ff.

Die Rahmenbedingungen 1945-1949

Am 21. März 1945 waren Truppen der US-Armee in Frankenthal einmarschiert, nach schweren Kämpfen schwiegen am 24. März 1945 auch in Ludwigshafen die Waffen. Gleichzeitig wurde Speyer von amerikanischen Soldaten eingenommen. Die Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung nahm diesen Vorgang als Besetzung wahr, auch die Alliierten Truppen verstanden sich als Eroberer, für die seit 1933 verfolgten Gewerkschafter war der 24. März 1945 jedoch der Tag der Befreiung. So trafen sich noch im März 1945 in Ludwigshafen einige Alt-Gewerkschafter regelmäßig, um über den einzuschlagenden Weg zu beraten. Ein aus diesem Gründerkreis gebildetes vierköpfiges Komitee, dem zwei Sozialdemokraten, ein Kommunist und ein Zentrums-Mitglied angehörten, unterbreitete dem amerikanischen Stadtkommandanten Anfang Mai 1945 ein Gründungsgesuch für einen Ludwigshafener Gewerkschaftsbund samt Satzung und Organisationsplan. Nach Überprüfung der Fragebögen der Mitglieder des Gründungskreises erlaubte die Militärregierung nach wenigen Tagen die Bildung des Gewerkschaftsbundes. Sofort nach Erhalt des Zulassungsbescheides bemühte sich das Organisationskomitee um eine Verknüpfung der betrieblichen und lokalen Ebene. So veranlasste man in einer Großzahl der Betriebe die Bildung von Betriebsvertretungen, wobei die gewählten Betriebsvertreter gleichzeitig auch als Gewerkschaftsdelegierte fungierten. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes einigte sich das Organisationskomitee am 4. Mai 1945 mit der Militärregierung auf die Bildung eines Gesamt-Betriebsausschusses, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamte paritätisch vertreten sein sollten. Am 22. Mai 1945 trafen 62 Gewerkschaftsdelegierte und das Organisationskomitee zusammen, um offiziell den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund - Ortsausschuss Ludwigshafen“ zu gründen. Zum ersten Vorsitzenden des FDGB wurde der ehemalige Vorsitzende des ADGB Ludwigshafen, Karl Fischer (SPD), gewählt, zu seinem Stellvertreter Max Frenzel (KPD). Der Gewerkschaftsbund war konzipiert als zentralistische Einheitsgewerkschaft, in der alle Arbeiter, Angestellten und Beamten unabhängig von ihrer politischen Überzeugung gemeinsam organisiert sein sollten. Als jedoch am 10. Juli 1945 das linke Rheinufer von den Amerikanern als Besatzungszone an die Franzosen abgetreten wurde, hatte dies erst einmal ein Handlungs- und Betätigungsverbot für den FDGB zur Folge. Am 23. Juli 1945 wurde von der französischen Militärregierung das Verbot wieder aufgehoben⁴⁹.

⁴⁹ Vgl. Seidl, Michael: Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 136 ff.

Auch in Frankenthal trafen sich noch vor der endgültigen Kapitulation der Wehrmacht wieder Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose, um den Wiederaufbau einer Gewerkschaft vorzubereiten. Bereits am 1. Mai 1945 versammelten sich trotz Versammlungs- und Kundgebungsverbot 600 Menschen auf dem Parsevalplatz. Am 22. Mai 1945 wurde der Organisationsausschuss für die Errichtung einer Gewerkschaft in Frankenthal genehmigt, die bereits wieder eine Abteilung für die „Beamtschaft und Angestelltenschaft“ vorsah. Allerdings wurde auch in Frankenthal die Tätigkeit des FDGB nach dem Einmarsch der Franzosen erst einmal wieder untersagt⁵⁰.

In der Stadt Speyer war Bernhard Ableiter, Angestellter beim Wasser- und Schifffahrtsamt Speyer und bereits zwischen 1925 und 1933 Vorsitzender der örtlichen Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Mann der ersten Stunde. Er kümmerte sich hauptsächlich um das Anwerben von neuen Mitgliedern bei den großen Betrieben des öffentlichen Dienstes in Speyer⁵¹.

Am 7. Dezember 1945 wurde der FDGB von der Ludwigshafener Militärregierung beauftragt, umgehend die zur Bildung autonomer Industriegewerkschaften nötigen Schritte einzuleiten. Daraufhin wurde u.a. am 19. Dezember 1945 der „Industrieverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ gegründet, dem jedoch nur Arbeiter beitreten durften. Den Angestellten und Beamten des öffentlichen Sektors blieb bis Mitte 1946 jegliche gewerkschaftliche Organisation von der Militärregierung untersagt. Erster Vorsitzender des Industrieverbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Ludwigshafen wurde – wie schon 1924 - wieder Edwin Will (SPD). Will war schon 1933 nach seiner Entlassung aus der „Schutzhaft“ von Berlin nach Ludwigshafen zurückgekehrt. Sein Stellvertreter wurde der ehemalige Oppauer Filialleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Georg Süß (KPD). In Speyer wurde Bernhard Ableiter der erste ehrenamtliche Vorsitzender der dort genehmigten „Gewerkschaft der öffentlichen Dienste und Verwaltungen“, sein Stellvertreter war Hermann Metzger⁵².

Am 8. Mai 1946 gestattete die französische Militärregierung die Gründung von regionalen Gewerkschaftsorganisationen. Da sie am 11. Juli 1946 auch das Organisationsverbot für Angestellte und Beamte aufhob, konnte nun auch mit der Vorbereitung eines Einheitsverbandes „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ für Rheinhessen und die Pfalz

⁵⁰ Vgl. Verwaltungsstelle 1984, S. 81 ff.

⁵¹ Vgl. Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949. Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau, Landau 1991, S. 66.

⁵² Vgl. Seidl 1990, S. 150 ff. sowie Getto 1991, S. 67.

begonnen werden. Noch vor der Konstituierung verkündete die Militärregierung jedoch mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“, bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur mit Mainz als Hauptstadt. Daraufhin wurde nun auf eine Konstituierung von gewerkschaftlichen Landesverbänden für ganz Rheinland-Pfalz orientiert, die sich für die „Gewerkschaft der öffentliche Betriebe und Verwaltung“ auf dem 1. Verbandstag am 16. April 1947 in Mainz vollzog. Vorsitzender wurde Edwin Will (SPD) aus Ludwigshafen. Da zu diesem Zeitpunkt aber die Entscheidung über die Schaffung von Einheitsgewerkschaften und deren über die Besatzungszonen hinausgehende Zusammenschlüsse noch offen war, konstituierte sich am 25. April 1947 in Ludwigshafen auch ein rheinland-pfälzischer Industrieverband „Verkehr und Spedition“, dem sich u.a. auch die Ludwigshafener Straßenbahner anschlossen. Geführt wurde der Industrieverband „Verkehr und Spedition“ durch den Betriebsratsvorsitzenden bei der Ludwigshafener Straßenbahn, Hermann Keßler (KPD)⁵³. Der Industrieverband „Verkehr und Spedition“ stand in der Tradition des Deutschen Transportarbeiterverbandes / Deutscher Verkehrsverbund und unterschied sich von der Gewerkschaft der öffentliche Betriebe und Verwaltung vor allem durch radikalere Forderungen bei der Lösung der Ernährungsfrage. Er hatte jedoch nur kurz Bestand, da bereits im Sommer 1947 die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes und des Verkehrs der Westzonen in einer Gewerkschaftsorganisation festgelegt wurde. Daraufhin schlossen sich die Mitglieder des Industrieverbandes „Verkehr und Spedition“ ebenfalls der Gewerkschaft der öffentliche Betriebe und Verwaltung an und stärkten damit dort bis 1956 die radikalere ökonomische Forderungen vertretende Fraktion auch innerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen⁵⁴.

Organisator des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz war Edwin Will. Er vertrat Rheinland-Pfalz auch auf der ersten Zusammenkunft von Gewerkschaftsfunktionären des öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr aller drei westlichen Besatzungszonen, die bereits Ende April 1947 in Oberursel tagte. Diese Konferenz hatte noch informatorischen Charakter. Aber bereits auf der zweiten Tagung am 11. und 12. Juli 1947 in Stuttgart wurde die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes und des Verkehrs der Westzonen in einer Gewerkschaftsorganisation festgelegt. Schließlich wurde auf einer Tagung am 25. und 26.

⁵³ Vgl. die Biografie von Hermann Keßler, in: Becker 2001, S. 458 sowie StALu / N 1 / Nr. 254.

⁵⁴ Vgl. Seidl 1990, S. 153 ff.

November 1947 in Stuttgart die Schaffung einer Zentralgewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Transport und Verkehr für die Westzonen beschlossen⁵⁵.

Im Oktober 1947 fanden in Rheinland-Pfalz die ersten allgemeinen freien Betriebsratswahlen seit 1933 statt. Überschattet waren sie von parteipolitischen Auseinandersetzungen. Schließlich hatte bereits unmittelbar nach der Befreiung 1945 die KPD mit dem Wiederaufbau von Betriebszellen begonnen. Bis zur Zulassung der Partei illegal organisiert, traten sie dann ab Februar 1946 offen als KPD-Betriebsgruppen auf. Über diese Stützpunkte versuchte die KPD in der Folge ihren Einfluss innerhalb der Gewerkschaften zu stärken. Von Frühjahr 1947 an verschärften dann die wachsenden sozialen Spannungen die politischen Rivalitäten. Auf einer Geheimkonferenz der wichtigsten kommunistischen Gewerkschaftsführer der Französischen Besatzungszone am 23. Mai 1947 in Mainz wurde die Marschroute festgelegt. Einer verschärften Agitation innerhalb der Gewerkschaften wurde besondere Bedeutung beigemessen. Hierdurch hofften die Kommunisten, die Unruhe in der Arbeiterschaft nutzen zu können, um gegenüber der SPD an Terrain zu gewinnen. Gleichzeitig forderte die KPD aber im August 1947 „Kein Bruderkampf in den Betrieben“ und warnte vor einer Aufspaltung der Einheitsgewerkschaften. Damit reagierte sie auf den systematischen Aufbau von Betriebsgruppen der SPD in Rheinland-Pfalz, der ausgehend von der Pfalz im August 1946, über Rheinland-Hessen-Nassau Ende 1946 ab März 1947 auch in Rheinhessen zum Zurückdrängen des Einflusses der KPD in den Betrieben erfolgt war. Der Erfolg dieser Maßnahme manifestierte sich bei den ersten allgemeinen Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Oktober 1947. Trotz der großen Herausstellung ihrer Bedeutung durch die KPD fielen nur 8% der Mandate an Kommunisten. In der Pfalz war der KPD-Anteil gegenüber den im Sommer 1945 ernannten Betriebsvertretungen von 20% auf 14% zurückgegangen. In Ludwigshafen waren in 12 öffentlichen Betrieben insgesamt 121 Betriebsratsmitglieder gewählt worden, davon 50 in städtischen Betrieben. Von diesen 50 Betriebsratsmitgliedern bekannten sich 22 zur SPD, 13 zur KPD, 8 zu CDU und 7 waren unorganisiert. In der Folge wurde die Ortsverwaltung Ludwigshafen der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung - wie bereits zwischen 1928 und 1933 - wieder durch den Betriebsratsvorsitzenden der Stadtverwaltung, Johann Keilbach, also weiterhin von einem Sozialdemokraten geführt. Von elf Vorstandsmitgliedern waren sechs Mitglied der SPD, vier der KPD und ein Parteiloser⁵⁶.

⁵⁵ Vgl. Furtwängler 1959, S. 606 ff.

⁵⁶ Vgl. Becker 2001, S. 255 ff.

Der 2. Verbandstag der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung am 23. März 1948 befasste sich mit der Wiederverankerung des Berufsbeamtentums in der Landesverfassung und forderte entsprechend die Organisation der Beamten in der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung⁵⁷. Allerdings verwies Edwin Will bei einer Besprechung bei der Militärregierung in Neustadt daraufhin hin, dass die Gewerkschaft an allem leide, was zu einem geordneten Dienstbetrieb nötig sei. So fehle es an Schreibpapier, Aktendeckeln, Schnellheftern und Leitzordnern. Schreibmaschinen stünden nur durch leihweise Überlassung zur Verfügung⁵⁸.

Bei den zweiten Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Dezember 1948 war der Einfluss der KPD weiter rückläufig. In der ganzen Pfalz waren laut Statistik der Militärregierung im Februar 1949 nur noch 7,3% der Betriebsratsmitglieder Kommunisten, was fast eine Halbierung gegenüber den letzten Betriebsratswahlen bedeutete. In Ludwigshafen waren in 16 öffentlichen Betrieben insgesamt 117 Betriebsratsmitglieder gewählt worden, davon 30 in städtischen Betrieben. Von diesen 30 Betriebsratsmitgliedern bekannten sich 20 zur SPD, 3 zur KPD, 4 zu CDU und 3 waren unorganisiert⁵⁹. Die Betriebsratswahl bei der Ludwigshafener Straßenbahn wurde allerdings am 30. Mai 1949 nach einem Einspruch des KPD-Mitglieds August Fend vom Arbeitsgericht annulliert, da der mehrheitlich sozialdemokratische Wahlausschuss bei der Besetzung des Betriebsrates widerrechtlich mehrere Minderheitengruppen vorgesehen hatte, so dass auf Fend kein Mandat mehr entfallen war. Bei der Neuwahl im Juli 1949 konnte Fend deutliche Stimmengewinne und erneut ein Mandat erringen⁶⁰. In der Ortsverwaltung Ludwigshafen der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung dagegen wurde Johann Keilbach (SPD) als Vorsitzender bestätigt. Von elf Vorstandsmitgliedern waren nun sieben Mitglied der SPD, wiederum drei der KPD, die jetzt aber mit Georg Süß wieder den Zweiten Vorsitzenden stellte und ein Parteiloser⁶¹.

⁵⁷ Vgl. das Referat zum 2. Verbandstag, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1. Veröffentlicht als Dokument 3, in: Becker 2000, S. 47 ff.

⁵⁸ Vgl. das Protokoll über die Besprechung bei der Militärregierung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1. Veröffentlicht als Dokument 4, in: Becker 2000, S. 51.

⁵⁹ Vgl. Becker 2001, 259 ff.

⁶⁰ Vgl. zur Biografie von August Fend: Schneider, Wolfgang: „Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996. Weiterhin den Nachlass von August Fend, in: Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarhiv Hermann W. Morweiser, Nachlass August Fend und die Biografie von August Fend, in: Becker 2000, S. 179.

⁶¹ Vgl. Seidl 1990, S. 249 ff.

Die ÖTV in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1949-2001

Die Gründung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Unmittelbar nach den zweiten Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz konstituierte sich vom 28. bis 30. Januar 1949 auf dem Vereinigungsverbandstag in Stuttgart die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - ÖTV“. Da die Delegierten aus Rheinland-Pfalz aufgrund einer Weisung der französischen Militärregierung nicht stimmberechtigt waren, konnten sie auch nicht den Beitritt der rheinland-pfälzischen Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung zur ÖTV vollziehen. Erst im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gaben die Franzosen ihr Veto auf und gestatten am 7. Mai 1949 der rheinland-pfälzischen Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung auf einer auf dem Haldenhof am Bodensee abgehaltenen Konferenz den Beitritt zur ÖTV. Damit nahm die ÖTV auch in Rheinland-Pfalz ihre Tätigkeit auf⁶². Entsprechend wurde nun auch Alexander Langhans aus Speyer in den Hauptvorstand gewählt⁶³.

Seinen ersten Auftritt in Ludwigshafen als Referent des Hauptvorstandes hatte Alexander Langhans bereits am 12. Mai 1949 auf einer Versammlung der ÖTV für die „Behördenangestellten“, wo insbesondere die Gründung eines Beamtenbundes sowie die „Zweiteilung der Rechte von Angestellten und Beamten“ kritisiert wurde⁶⁴. Am 1. Juni 1949 regelte der Landesvorstand der ÖTV auf seiner Sitzung die Modalitäten für den Anschluss an die Hauptverwaltung in Stuttgart. Gleichzeitig wurde der „außerordentlich schlechte Kassenstand“ der Ortsverwaltung Speyer thematisiert und die dortige hauptamtliche Besetzung der Verwaltungsstelle gefordert. Tatsächlich wurde jedoch erst 1950 Max Bobka als erster hauptamtlicher Sekretär eingestellt⁶⁵. Einen weiteren Rückschlag in der Frage der Einheitsgewerkschaft musste der Landesvorstand am 27. Juli 1949 mit der Genehmigung der DAG durch die Militärregierung zur Kenntnis nehmen. Gleichzeitig verwies Edwin Will darauf, dass ein Ritterkreuzträger an der Spitze des neuen Beamtenbundes stehe⁶⁶. Entsprechend veranstaltete die ÖTV am 15. Januar 1950 im Ludwigshafener Saalbau eine mit Dienstbefreiung verbundene Kundgebung für Beamte. Das Thema lautete: „Stellungnahme

⁶² Vgl. Furtwängler 1959, S. 613 ff. sowie Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996, S. 300 ff.

⁶³ Vgl. zur Biografie von Alexander Langhans: Zimmermann 1996 und Becker 2000, S. 181 ff.

⁶⁴ Vgl. das Protokoll der Versammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1. Veröffentlicht als Dokument 5, in: Becker 2000, S. 52 f.

⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Landesvorstandssitzung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1 sowie Getto 1991, S. 67.

⁶⁶ Vgl. das Protokoll der Landesvorstandssitzung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1.

zum neuen Beamtenbund“ und „Wo organisiert sich der Beamte“⁶⁷. Sparmaßnahmen wurden auf einer Funktionärsversammlung der ÖTV am 5. Juli 1950 in Mainz beschlossen: So wurden die Ortsverwaltungen Grünstadt und Frankenthal sowie Speyer und Germersheim zusammengelegt, während in Ludwigshafen die „Verhältnisse, wie sie sind“ bleiben sollten⁶⁸.

Kalter Krieg und die Gewerkschaft ÖTV in Ludwigshafen

Die Betriebsratswahlen vom 24. bis 29. April 1950 hatten in Rheinland-Pfalz einen weiteren Rückgang des Einflusses der KPD ergeben. Die Ortsverwaltung Ludwigshafen der ÖTV war nun fest in sozialdemokratischer Hand. Als Vorsitzender wurde Johann Keilbach bestätigt, sein Stellvertreter war jetzt Christian Käß. Trotz dieser ersichtlichen demokratischen Stabilisierung erhielten am 3. August 1950 die Regierungspräsidenten ein Rundschreiben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, in dem sie aufgefordert wurden, „der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch geeignete Maßnahmen die Wühlarbeit sowohl links- als auch rechtsradikaler Gruppen zu unterbinden“. Besonders verwiesen wurde auf Organisationen, die „von der SED und damit von der Sowjetunion beauftragt sind, die Bevölkerung der Bundesrepublik für ihre Zwecke zu gewinnen“. Das Schreiben wurde zweimal ergänzt: Am 16. August 1950 mit einer Information über die einschlägigen Bestimmungen „gegen die Unterwühlung der durch Grundgesetz und Landesverfassung gegebenen demokratischen Staatsordnung“ und am 18. August 1950 durch eine Liste der Organisationen, die „für die Ziele der SED/KPD tätig sind“. Die Landesregierung stellte fest, dass eine Betätigung für diese Organisationen „mit einem öffentlichen Amt unvereinbar“ sei und ordnete an, entsprechend aktive Beamte, Angestellte und Arbeiter zu entlassen. Am 19. September 1950 fasste auch die Bundesregierung einen Beschluss, den sogenannten „Adenauer-Erlass“, betreffend die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“. Daraufhin fasste am 27. September 1950 das Innenministerium Rheinland-Pfalz seinen Erlass vom 18. August 1950 aufgrund der Beschlusslage der Bundesregierung neu und verfügte die Entlassung der KPD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst. Allerdings hatten die mit der Umsetzung beauftragten nachgeordneten Behörden zunächst einmal Klärungsbedarf: So befragte der Städteverbund Rheinland-Pfalz das Innenministerium u.a., wie mit den kommunistischen Bürgermeistern zu verfahren sei und ob Beamte, die gleichzeitig Stadtratsmitglieder wären sowie Opfer des Faschismus, und kommunistische

⁶⁷ Vgl. „Die Rheinpfalz“ vom 15. Januar 1950.

⁶⁸ Vgl. das Protokoll der Funktionärsversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 1.

Betriebsratsmitglieder ebenfalls zu entlassen seien. Als wichtig erachtet wurde das Problem, was mit Kommunisten geschehen sollte, die sich aus „Tarnungsgründen von der KP gelöst haben“. Diese Probleme besprach das Innenministerium am 10. Oktober 1950 mit den Regierungspräsidenten und den Vertretern des rheinland-pfälzischen Gemeindetages und Städtebundes. Dabei betonte Staatssekretär Schmidt, dass der Erlass der Bundesregierung vom 19. September 1950 nur als „Warnung“ gedacht gewesen sei, die Landesregierung jedoch die Auffassung vertrete, dass die „Maßnahmen“ auch durchgeführt werden müssten⁶⁹. Danach veranlasste in Ludwigshafen am 11. Oktober 1950 der sozialdemokratische Oberbürgermeister Bauer die Überprüfung aller städtischen Mitarbeiter⁷⁰. Die Gewerkschaft ÖTV folgte noch im Oktober 1950 dem Beschluss der Bundesregierung, indem sie eine weitere hauptamtliche Beschäftigung von Kommunisten in ihrer Organisation ausschloss. Entsprechend lehnte die Delegiertenversammlung der ÖTV Ludwigshafen am 19. Oktober 1950 die Befassung einer Entschließung gegen die Entlassung von Kommunisten aus öffentlichen Betrieben als „politische Angelegenheit“ ab⁷¹. Am 10. November 1950 lag schließlich auch das Namen, Partei- und Berufsfunktionen umfassende Überprüfungsergebnis für die Stadtverwaltung Ludwigshafen vor. Es wurde festgestellt, dass eine Reihe Verwaltungsbediensteter die KPD bereits im Laufe des Jahres 1950 verlassen hatten. Da die Verbliebenen - darunter u.a. Georg Süß - innerbetrieblich keine politischen Aktivitäten mehr zeigten, wurde letztlich auf ihre Entlassung verzichtet⁷².

Bei den rheinland-pfälzischen Betriebsratswahlen vom 2. bis 14. April 1951 setzte sich der kommunistische Niedergang fort. Die Partei glaubte dieser Entwicklung mit einem Verbalradikalismus begegnen zu können. Daraufhin beschloss im Juni 1951 der DGB sowie weitere Einzelgewerkschaften, von ihren hauptamtlichen kommunistischen Mitarbeitern mittels einer zur Unterschrift vorgelegten Erklärung („Revers“) eine Distanzierung von der gewerkschaftskritischen These 37 des „Münchener Parteitages“ der KPD vom März 1951 zu verlangen. Bei deren Nichtunterzeichnung drohte den Betroffenen die Entlassung, bei Unterzeichnung der Ausschluss aus der KPD. Nachfolgend wurden bis 1955 insgesamt circa 650 KPD-Mitglieder aus DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen⁷³. Entsprechend verschärfte

⁶⁹ Vgl. StALu / LuN 2777 / Nr. 1 ff. sowie Becker 2001, S. 173 ff.

⁷⁰ Vgl. StALu / LuN 2777 / Nr. 55. Das Schreiben von Oberbürgermeister Bauer ist veröffentlicht als Dokument 6, in: Becker 2000, S. 54.

⁷¹ Vgl. das Protokoll der Delegiertenversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 2. Veröffentlicht als Dokument 7, in: Becker 2000, S. 55 f. sowie Nachtmann 1996, S. 335 ff.

⁷² Vgl. StALu / LuN 2777 / Nr. 57. Das Überprüfungsergebnis ist veröffentlicht als Dokument 8, in: Becker 2000, S. 57 f.

⁷³ Vgl. Becker 2001, S. 261 f.

sich auch in der Ludwigshafener ÖTV wieder das Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Am 1. Juni 1951 waren die Sozialdemokraten Keilbach und Käß als Vorsitzende der Geschäftsstelle bestätigt worden⁷⁴. Kurz darauf eskalierte der seit der Betriebsratswahl 1948 bestehende Konflikt mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Ludwigshafener Straßenbahner, Fend. Dem Kommunisten Fend wurde ein gewerkschaftsschädigendes und satzungswidriges Verhalten vorgeworfen und am 24. September 1951 durch den ÖTV-Kreisvorstand gegen Fend ein Ausschlussverfahren eingeleitet⁷⁵. Der Hauptvorstand der ÖTV bestätigte im Dezember 1951 den Ausschluss von Fend. Daraufhin forderte das kommunistische Betriebsratsmitglied beim Ludwigshafener Elektrizitätswerk, Ludwig Barbarino⁷⁶: „Das Betrügernest in der Pfalzgrafenstraße⁷⁷ muss auch noch ausgehoben werden“, worauf Bezirksleiter Will forderte, auch gegen Barbarino ein Ausschlussverfahren einzuleiten, was der Kreisvorstand Ludwigshafen jedoch ablehnte⁷⁸.

Ludwig Barbarino war dann auch der Kandidat der KPD zur Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 2. Oktober 1952⁷⁹. Er unterlag jedoch mit nur jeweils 13 Stimmen deutlich den beiden sozialdemokratischen Kandidaten Richard Strecker⁸⁰ und Bruno Hofmann.

Da jedoch auch bei den Betriebsratswahlen im Mai 1953 der KPD-Stadtrat August Fend von den Straßenbahnern in Ludwigshafen als Betriebsratsvorsitzender bestätigt wurde, gingen die internen Konflikte weiter. So lud am 11. August 1953 Edwin Will den Ludwigshafener Oberbürgermeister Bauer zu einer Besprechung mit dem Mannheimer Bürgermeister Trumpfeller „über die Verhältnisse bei der Belegschaft der Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen“ ein⁸¹. Daraufhin mussten u.a. von August Fend neu geworbene ÖTV-

⁷⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 12. Juni 1951, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 9, in: Becker 2000, S. 59 ff.

⁷⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 24. September 1951, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 10, in: Becker 2000, S. 63 f.

⁷⁶ Vgl. zur Biografie von Ludwig Barbarino: Becker 2000, S. 178.

⁷⁷ Sitz der Kreisverwaltung Ludwigshafen der ÖTV.

⁷⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Januar 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 12, in: Becker 2000, S. 67 ff.

⁷⁹ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 4.

⁸⁰ Vgl. zur Biografie von Richard Strecker: Becker 2000, S. 192.

⁸¹ Vgl. StALu / LuN 2776 / Nr. 34. Die Einladung ist veröffentlicht als Dokument 13, in: Becker 2000, S. 70.

Mitglieder persönlich ihre Aufnahmescheine bei der Geschäftsstelle der ÖTV in Ludwigshafen umschreiben lassen⁸².

Auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 29. März 1954 forderte Ludwig Barbarino anlässlich des Referats „Die Tarifpolitik der Gewerkschaft ÖTV“ das „Zusammenschweißen der Mitglieder durch Kampfmaßnahmen“. Edwin Will konterte mit dem Hinweis, „dass die Kampfwillingkeit der Mitglieder gerade im öffentlichen Dienst nicht sehr groß sei. Darüber hinaus wolle man auch von dem Odium des Proletariats abkommen, die Gewerkschaften seinen bestrebt, den arbeitenden Menschen auf eine höhere Kulturstufe zu heben, damit fielen auch einige Parolen der alten Arbeiterbewegung“. Das tatsächlich längst die Mehrheit der Mitglieder die Ansichten von Bezirksleiter Will teilten, belegt die Abstimmung über einen Antrag von Barbarino, der vom Hauptvorstand forderte, sich sofort für Lohn- und Gehaltserhöhungen einzusetzen. Der Antrag wurde gegen vier Stimmen abgelehnt⁸³.

Ein Eingeständnis der kommunistischen Isolationspolitik war ganz offensichtlich auch der Wiederaufnahmeantrag von August Fend in die Gewerkschaft ÖTV von Dezember 1954⁸⁴. Dass dieser beim ÖTV-Kreisvorstand auf wenig Gegenliebe stieß, machte allein schon die Vorstandsentscheidung vom 20. Januar 1955 deutlich, dass künftig Vertrauensmännersitzungen der Straßenbahn im Gewerkschaftshaus und nicht im Zimmer des Betriebsrats stattzufinden hatten. Da die Vertrauensmänner der Straßenbahn aber weiter im Betriebsratsbüro unter der Anwesenheit von August Fend tagten, wurden deren Beschlüsse für hinfällig erklärt⁸⁵. Zudem beschloss der ÖTV-Kreisvorstand am 7. März 1955 den Vertrauenskörper aufzulösen. Gleichzeitig wurde die Ablehnung des Aufnahmeantrages von Fend durch den Hauptvorstand der ÖTV bekannt gegeben. Die Kreisverwaltung Ludwigshafen schloss sich dieser Entscheidung an⁸⁶.

Allerdings wurde August Fend auch bei den Betriebsratswahlen im Mai 1955 mit 82% der Wählerstimmen als Betriebsratsvorsitzender der Ludwigshafener Straßenbahner bestätigt. Daraufhin steigerte sich der Konflikt zwischen der Betriebsleitung und ÖTV auf der einen

⁸² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. September 1953, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁸³ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 5. Veröffentlicht als Dokument 14, in: Becker 2000, S. 71 ff.

⁸⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 10. Dezember 1954, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁸⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. Januar 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁸⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. März 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 15, in: Becker 2000, S. 74 ff.

Seite und Fend auf der anderen Seite weiter. Auf einer Betriebsversammlung am 13. Januar 1956 wurde - nach Absprache unter den ÖTV-Vertrauensleuten - Fend von dem Vertrauensmann Ludwig Nell⁸⁷ sowie dem ÖTV-Kreisvorstandsmitglied August Magin vorgeworfen, sechs Wochen unbezahlten Urlaub u.a. für einen Schulungsaufenthalt in der UdSSR genutzt zu haben⁸⁸. Am 8. Februar 1956 wurde Fend durch die Stadtverwaltung Mannheim die Freistellung entzogen und das Betriebsratsbüro bei der Ludwigshafener Straßenbahn geschlossen. Am 16. April 1956 leitete die Stadtverwaltung Mannheim ein förmliches Dienststrafverfahren gegen Fend mit dem Ziel seiner Entlassung ein, weil er sich während der Arbeitszeit für die Interessen der KPD eingesetzt habe. Am 27. April 1956 wurde ihm das Betreten des Betriebsgeländes und jede Tätigkeit für den Betriebsrat untersagt; er selbst bei 50% seines Gehaltes beurlaubt. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe lehnte eine Entlassung von Fend aber ab. Daraufhin wurde er am 30. Januar 1957 zu den Stadtwerken Mannheim dienststrafversetzt⁸⁹. Allerdings war bereits am 17. August 1956 das KPD-Verbot erfolgt; noch zuvor waren Waldemar Frenzel⁹⁰ und Willy Eiselstein⁹¹ von der KPD zur SPD übergetreten. Georg Süß war mit dem KPD-Verbot parteilos. Damit schied die KPD als politischer Faktor innerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen endgültig aus⁹².

Auf dem Weg zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal

Jedoch hatte sich die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen ab ihrer Gründung nicht nur mit internen Konflikten zu beschäftigen, sondern von Beginn an auch mit Strukturproblemen. Bereits zum 30. September 1951 schied der erste Geschäftsführer Matheus Wehrlein aus. Allerdings stand auf der Vorstandssitzung am 9. Januar 1952 dann nicht nur die Neueinstellung eines Sekretärs auf der Tagesordnung, sondern auch erstmals die Zusammenlegung der Geschäftsstellen Ludwigshafen mit ihren 3 340 zahlenden Mitgliedern und Frankenthal mit 700 zahlenden Mitgliedern. Die Frankenthaler Vertreter - darunter mit Alfred Uhrig⁹³ der spätere Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-

⁸⁷ Vgl. zur Biografie von Ludwig Nell: Becker 2000, S. 188.

⁸⁸ Mündliche Auskunft Ludwig Nell vom 27. Januar 1999. Vgl. „Die Freiheit“ vom 16. Januar 1956 sowie das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. Januar 1956, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 16, in: Becker 2000, S. 77 ff.

⁸⁹ Vgl. Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Mai 1956, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3 sowie den Nachlass August Fend, in: Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarchiv Hermann W. Morweiser.

⁹⁰ Vgl. zur Biografie von Waldemar Frenzel: Becker 2000, S. 180.

⁹¹ Vgl. zur Biografie von Willy Eiselstein: Becker 2001, S. 432 f.

⁹² Mündliche Auskunft Kurt Seib vom 3. März 1999. Vgl. Becker 2001, S. 264.

⁹³ Vgl. zur Biografie von Alfred Uhrig: Becker 2000, S. 195.

Frankenthal von 1968 bis 1986 - zeigten sich von der Entwicklung überrascht, begrüßten sie aber grundsätzlich. Problematisiert wurde vom Ludwigshafener Kreisvorstand, dass mit einer Fusion auch die notwendige Beschäftigung eines weiteren Sekretärs sowie die Anschaffung eines „Kleinstwagens“ verbunden wäre⁹⁴.

Neuer Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen war dann ab 01. März 1952 Walter Klein⁹⁵. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, über den Bezirksleiter Will und in Kooperation mit dem Hauptvorstand in Stuttgart (!), die Anschaffung einer Schreibmaschine⁹⁶. Der wegen moralischen Fehlverhaltens erzwungene Rücktritt von Johann Keilbach vom Vorsitz des Betriebsrates der Stadtverwaltung im August 1952 machte allerdings auch eine Neubesetzung des Vorsitzes der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen erforderlich. Sie erfolgte am 2. Oktober 1952 durch die Delegierten-Generalversammlung der Kreisverwaltung. Die Wahl fiel auf Richard Strecker, zu seinem Stellvertreter wurde Bruno Hofmann gewählt⁹⁷.

Auch mit dem neuen Vorstand ging die Strukturdebatte weiter. So regte Geschäftsführer Walter Klein zur Betreuung der 3 000 organisierten Mitglieder (von insgesamt 6 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie ca. 1 000 Beschäftigten im Transportgewerbe in Ludwigshafen) die Einstellung eines zweiten Sekretärs und die zusätzliche Vergrößerung des Organisationsgebietes an⁹⁸. Zur Betreuung dieses vergrößerten Organisationsgebietes erhielt die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen am 11. Mai 1953 von der Hauptverwaltung in Stuttgart ein zinsloses Darlehn über DM 4.500,- zur Anschaffung eines PKW⁹⁹. Sitz der Kreisverwaltung war ab 26. März 1954 das neue DGB-Haus in der Ludwigstraße, das nun neben dem DGB-Kreisausschuss, zehn DGB-Einzelgewerkschaften, der Bezirksleitung der IG Chemie-Papier-Keramik und vier weiteren gewerkschaftlichen Einrichtungen Platz bot¹⁰⁰.

⁹⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Januar 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 12, in: Becker 2000, S. 67 ff.

⁹⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Januar 1952, vom 24. Januar 1952 und vom 14. Februar 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁹⁶ Vgl. die Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 12. Mai 1952 und vom 12. September 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁹⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 25. August 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3 und das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 4.

⁹⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 29. Oktober 1952, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

⁹⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 11. Mai 1953, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁰ Vgl. „Die Rheinpfalz“ vom 27. März 1954. Erforderlich war ein Neubau des DGB-Hauses gewesen, da das 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmte Ludwigshafener Gewerkschaftshaus im Zweiten Weltkrieg bei einem Bombenangriff zerstört worden war – bis 1993 blieb die Immobilie in der Ludwigstraße nun in Gewerkschaftsbesitz; erst der Auszug der Einzelgewerkschaften machte dann eine Veräußerung unumgänglich.

Auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 29. März 1954 wurden sowohl Richard Strecker als auch Bruno Hofmann als Vorsitzende per Akklamation bestätigt¹⁰¹. Eine Diskontinuität erfolgte jedoch beim Geschäftsführer: Walter Klein wechselte zum 1. Mai 1954 zur ÖTV-Kreisverwaltung Heidelberg¹⁰². Daraufhin wurde am 11. Juni 1954 dem Kreisvorstand von Edwin Will der Kollege Albrecht Mentrop aus Koblenz als möglicher neuer Geschäftsführer vorgestellt¹⁰³. Tatsächlich konnte sich dann Mentrop am 14. September 1954 gegen zwei weitere Bewerber durchsetzen¹⁰⁴. U.a. war er anschließend mit der Fortsetzung der Fusionsverhandlungen mit der Geschäftsstelle Frankenthal beauftragt¹⁰⁵. So führten die Verwaltungsstellen Ludwigshafen und Frankenthal am 31. März 1955 in Grünstadt eine gemeinsame Besprechung mit den Betriebsräten der amerikanischen Stationierungstreitkräfte durch¹⁰⁶. Am 23. Juni 1955 konnte Mentrop dem Vorstand 600 Neuzugänge seit dem Beginn seiner Tätigkeit in Ludwigshafen melden¹⁰⁷. Laut Mentrop wurden nach einer Betriebsversammlung der Stadtverwaltung Ludwigshafen mit dem ÖTV-Vorsitzenden Adolph Kummernuss im November 1955 täglich ca. 10 Neuaufnahmen getätigt¹⁰⁸. Auch beim Finanzamt Ludwigshafen sei ein erfreulicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, obwohl die DAG mit billigen Beiträgen „dasselbst hausieren geht“. Entsprechend wurden im Jahr 1955 insgesamt DM 94 082,92 kassiert gegenüber DM 82 238,80 im Jahr 1954¹⁰⁹.

Die Generalversammlung der ÖTV Ludwigshafen bestätigte am 12. April 1956 Richard Strecker als Kreisvorsitzenden. Sein Stellvertreter war nun wieder Christian Käß. Bereits auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes wurde erneut der Anschluss der Verwaltungsstelle Frankenthal gefordert¹¹⁰. Am 24. Juli 1956 wurde der Vorstand erstmals mit dem Übertritt von Kollegen zu den Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

¹⁰¹ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: StALu / PGV 1 / Nr. 5. Veröffentlicht als Dokument 14, in: Becker 2000, S. 71 ff.

¹⁰² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. Mai 1954, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 11. Juni 1954, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. September 1954, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. März 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 15, in: Becker 2000, S. 74 ff.

¹⁰⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 6. April 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 23. Juni 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 24. November 1955, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹⁰⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. Januar 1956, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Veröffentlicht als Dokument 16, in: Becker 2000, S. 77 ff.

¹¹⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Mai 1956, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

konfrontiert. Die der CDU nahestehenden Christlichen Gewerkschaften konnten in der Folge aber auch in Ludwigshafen keinen nennenswerten Einfluss unter den Arbeitnehmern erreichen¹¹¹. Vielmehr wurde der Christdemokrat Paul Dissinger auf der ÖTV-Jubilärfest am 24. November 1956 - gemeinsam mit dem Kommunisten Richard Boiselle – für über 60 Jahre Mitgliedschaft in der ÖTV geehrt. Dissinger war der Mannheimer Vorläuferorganisation der ÖTV bereits 1894 beigetreten und hatte 1947 als Beisitzer in der Ludwigshafener Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung fungiert. Boiselle war 1895 in Mannheim als Gewerkschaftsmitglied registriert gewesen und war damit wie Dissinger bereits länger gewerkschaftlich organisiert, als die ÖTV in Ludwigshafen eigene Traditionslinien aufzuweisen hatte¹¹². Statt größerer Abwanderungen zu den Christlichen Gewerkschaften konnte der Vorstand zum Jahresende 1956 sogar eine weitere Zunahme der Mitgliedschaft bekannt geben. Gleichzeitig war eine bedeutende Steigerung des Beitragsaufkommens zu verzeichnen. Umstritten war jedoch die Frage, ob vorrangiges Ziel der Mitgliederzuwachs oder die Beitragsehrlichkeit sei¹¹³.

Allerdings vertagte die Bezirksvorstandssitzung am 23. Januar 1957 erneut die Zusammenlegung der Geschäftsstellen Ludwigshafen und Frankenthal. Am 4. April 1957 beschloss der Kreisvorstand Ludwigshafen im Gegensatz zur IG Chemie weiter am traditionellen Umzug zum 1. Mai festzuhalten. Obwohl seit Januar 1957 weitere 100 Neuaufnahmen (Gesamtmitgliederzahl in Ludwigshafen jetzt 3 332) zu verzeichnen gewesen waren¹¹⁴, konnte sich die ÖTV-Ludwigshafen bei den rheinland-pfälzischen Betriebsratswahlen vom 8. bis 10. April 1957 nicht in allen Betrieben durchsetzen; so kam z.B. beim Finanzamt der Beamtenbund zum Zuge. Entsprechend blieb auch gerade bei der Organisation der Beamten die Beitragsfrage weiterhin einer der Hauptdiskussionspunkte des Kreisvorstandes¹¹⁵.

Die Organisationskonkurrenz veranlasste den Kreisvorstand Ludwigshafen am 24. Januar 1958, auch an die Bezirkskonferenz zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag den Antrag zu stellen, dass alle Gewerkschaften einheitliche Unterstützungen zahlen sollten. Am 2.

¹¹¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 24. Juli 1956, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3 und Nachtmann 1996, S. 336 ff.

¹¹² Vgl. StALu / PGV 1 / Nr. 21 sowie zur Biografie von Richard Boiselle: Becker 2001, S. 422.

¹¹³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 15. November 1956, vom 21. Dezember 1956 und vom 22. Januar 1957, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹¹⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 22. Januar 1957 und vom 4. April 1957, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Das Protokoll vom 4. April 1957 ist auch veröffentlicht als Dokument 17, in: Becker 2000, S. 80 ff.

¹¹⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 5. Juni 1957 und vom 21. Oktober 1957, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

Februar 1958 beschloss der Kreisvorstand Ludwigshafen in der Lohnfrage für die Gemeindearbeiter erstmals seit Gründung der ÖTV-Ludwigshafen „das letzte gewerkschaftliche Mittel“, also den Streik, einzusetzen¹¹⁶. Im September 1958 lag endlich die Empfehlung des Bezirksvorstandes für den Zusammenschluss der Geschäftsstellen Ludwigshafen und Frankenthal vor. Während der Kreisvorstand Ludwigshafen bei einer Stimmenthaltung dieser Empfehlung folgte¹¹⁷, ging es bei der Generalversammlung in Frankenthal hoch her. Kritisiert wurden sowohl der Ludwigshafener Kreisvorsitzende Strecker als auch Geschäftsführer Mentrop. Sogar in Sachen August Fend wurde debattiert. Letztlich stimmten zwar 46 Delegierte für die Fusion, aber immerhin 38 - insbesondere aus Grünstadt - dagegen¹¹⁸.

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal in den sechziger Jahren

Die neu konstituierte ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal umfasste zum 1. Januar 1959 4 246 Mitglieder, darunter 3 557 aus Ludwigshafen und 689 aus Frankenthal. Auf der ersten gemeinsamen Kreisvorstandssitzung thematisierte Geschäftsführer Albrecht Mentrop die Notwendigkeit des engeren Austausches zwischen den Vertrauensleuten aus Frankenthal und Ludwigshafen¹¹⁹. Da sich der Mitgliederstand während des ganzen Jahres kaum bewegte, beschloss der Kreisvorstand am 25. Januar 1960, sich an einer Mitgliederkampagne des Hauptvorstandes zu beteiligen¹²⁰. Ein herausragendes Ergebnis erzielte dabei bis zum 30. April 1960 Georg Süß, der beim städtischen Elektrizitätswerk 45 neue Mitglieder warb. Die neugewonnenen Mitglieder verstärkten aber auch die Personalnöte der Kreisverwaltung, so dass der Kreisvorstand am 22. August 1960 vom Bezirksvorstand die Beschäftigung eines eigenen Sekretärs für den Landkreis Frankenthal forderte¹²¹.

Neben diesen organisatorischen Problemen zeichneten sich ab Januar 1960 aber auch neue personelle Konflikte innerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung ab. So war es am 21. Januar 1960 auf der Arbeitstagung für Betriebs- und Personalräte zu schweren Auseinandersetzungen

¹¹⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 16. Januar 1958 und vom 22. Februar 1958, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹¹⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 8. April 1958, vom 3. Juli 1958 und vom 17. September 1958, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3. Das Protokoll vom 17. September 1958 ist auch veröffentlicht als Dokument 18, in: Becker 2000, S. 83 f.

¹¹⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. November 1958, in: StALu / PGV 1 / Nr. 3.

¹¹⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 19. März 1959, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹²⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 25. Januar 1960, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 19, in: Becker 2000, S. 85 ff.

¹²¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 21. März 1960 und vom 22. August 1960, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

zwischen den Kreisvorsitzenden Strecker und Käß sowie Geschäftsführer Mentrop auf der einen Seite und Waldemar Frenzel, dem seit 1956 amtierenden Vorsitzenden des Personalrates der Stadtwerke der Stadt Ludwigshafen, gekommen¹²². Dieser Konflikt hielt das ganze Jahr 1960 über an; trotzdem beschloss der Kreisvorstand am 17. Februar 1961, der Kreisdelegiertenkonferenz Richard Strecker wieder als Vorsitzenden sowie Christian Käß und den Personalratsvorsitzenden der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Selbach, als seine Stellvertreter vorzuschlagen¹²³.

Überraschend war dann aber dem rheinland-pfälzischen SPD-Organ „Die Freiheit“ vom 22. Februar 1961 zu entnehmen, dass nicht Richard Strecker sondern Herbert Müller jr. zum neuen Kreisvorsitzenden und nur Paul Selbach zu seinem Stellvertreter gewählt worden war¹²⁴. In der Folge eskalierte der Konflikt Strecker - Frenzel weiter. So versuchte Richard Strecker nun bei der bevorstehenden Betriebsratswahl bei den Ludwigshafener Stadtwerken mit einer eigenen Liste zu kandidieren; erhielt hierfür aber keine Unterstützung durch die ÖTV¹²⁵. Vorsorglich kündigte er bereits seinen Übertritt zur DAG an, falls die ÖTV gegen ihn ein Ausschlussverfahren eröffnen sollte. Letztlich zog aber Strecker seine Liste zurück und Waldemar Frenzel wurde als Personalratsvorsitzender bei den Ludwigshafener Stadtwerken bestätigt. Vor diesem Hintergrund kommentierte Herbert Müller jr. die Betriebsratswahlen 1961 für die ÖTV als „teils zufriedenstellend und teils auch nicht“. Am 18. Dezember 1961 entzog der Kreisvorstand seinem ehemaligen Vorsitzenden Strecker dann endgültig das Vertrauen, in dem er ihn auch nicht mehr für den Vorstand der AOK Ludwigshafen nominierte¹²⁶.

Zuvor hatte am 23. März 1961 der Kreisvorstand einstimmig beschlossen, auf eine Demonstration am 1. Mai zu verzichten¹²⁷. Dennoch zeigte er sich am 9. Mai 1961 mit dem erzielten Tarifabschluss von 9% statt der angestrebten 15% unzufrieden¹²⁸, sah sich aber gleichzeitig vor die schwierige Aufgabe gestellt, nun bei den Mitgliedern wieder einen

¹²² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 25. Januar 1960, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 19, in: Becker 2000, S. 85 ff.

¹²³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 21. März 1960, vom 2. Dezember 1960 und vom 17. Februar 1961, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹²⁴ Vgl. „Die Freiheit“ vom 22. Februar 1961 sowie zur Biografie von Herbert Müller jr.: Becker 2000, S. 187.

¹²⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 2. März 1961 und vom 23. März 1961, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Das Protokoll vom 23. März 1961 ist auch veröffentlicht als Dokument 20, in: Becker 2000, S. 89 ff.

¹²⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Mai 1961 und vom 18. Dezember 1961, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹²⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 23. März 1961, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 20, in: Becker 2000, S. 89 ff.

¹²⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Mai 1961, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

höheren Beitrag einzufordern. Zusätzlich stand weiterhin das ungelöste Problem eines Sekretärs für die Nebenstelle Frankenthal auf der Tagesordnung¹²⁹. Dies konnte zwar im Juni 1962 endlich gelöst werden, hatte aber inzwischen offensichtlich soviel Unmut erzeugt, dass die Frankenthaler Kollegen auf der Kreisvorstandssitzung am 18. September 1962 für sich wieder einen eigenen „Nebenstellen-Vorstand“ forderten¹³⁰.

Ab Januar 1963 trat dann der Betriebsratsvorsitzende bei der Grünstadter Stadtverwaltung, Stahl, in Versammlungen offen mit der Forderung auf, die Selbständigkeit der Nebenstelle Frankenthal-Grünstadt wiederherzustellen, was innerhalb des Kreisvorstandes erhebliche Unruhe erzeugte¹³¹. Entsprechend knapp mit 8 gegen 7 Stimmen lehnte der Kreisvorstand am 28. November 1963 eine Spaltung ab, was Stahl mit seinem vorübergehenden Austritt aus der ÖTV beantwortete. Aber auch mit internen Personalfragen musste sich der Kreisvorstand befassen, da Herbert Müller jr. erklärt hatte, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Daraufhin einigte sich der Kreisvorstand einstimmig am 20. Januar 1964, der Generalversammlung am 13. Februar 1964 Christian Käß als Vorsitzenden und Ludwig Nell als seinen Stellvertreter vorzuschlagen¹³².

Diesmal folgten die Delegierten wieder der Empfehlung des Kreisvorstandes und bestätigten sowohl Käß als auch Nell. Zudem konnte der bisherige Kreisvorsitzende, Herbert Müller jr., auf der Kreisvorstandssitzung am 16. März 1964 mitteilen, dass der Bezirksvorstand die Selbständigkeit der Nebenstelle Frankenthal-Grünstadt ablehne¹³³. Auch der neue Kreisvorstand musste sich sowohl mit Alltagsproblemen, wie die Ersetzung der noch aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Büromöbel in der Geschäftsstelle, als auch mit seinen originären Aufgaben, wie der Übernahme der Ludwigshafener Straßenbahnen durch die dortige Stadtverwaltung oder mit den Vorbereitungen auf die für 1965 angesetzten Betriebsratswahlen befassen¹³⁴.

¹²⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 8. Juni 1961, vom 18. September 1961, vom 6. November 1961, vom 18. Dezember 1961, vom 22. Januar 1962, vom 2. April 1962 und vom 21. Mai 1962, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 19. Juni 1962 und vom 18. September 1962, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. Januar 1963, vom 29. April 1963, vom 8. Juli 1963 und vom 26. September 1963, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 28. November 1963 und vom 20. Januar 1964, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Das Protokoll vom 28. November 1963 ist auch veröffentlicht als Dokument 21, in: Becker 2000, S. 92 ff.

¹³³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 16. März 1964, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 22, in: Becker 2000, S. 95 f.

¹³⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 21. Mai 1964, vom 7. Juli 1964, vom 27. August 1964, vom 5. November 1964, vom 14. Dezember 1964 und vom 22. März 1965, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

Bei den dann im April 1965 durchgeführten Betriebsratswahlen war die ÖTV im Bereich der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal durchgängig erfolgreich. Entsprechend optimistisch zeigte sich der Kreisvorstand auch, bei dem neuen sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Werner Ludwig, bei den Gehaltszahlungen für die städtischen Angestellten eine direkte Abführung der Gewerkschaftsbeiträge erreichen zu können¹³⁵. Letztendlich einigte sich der Kreisvorstand aber darauf, die städtischen Angestellten mit einem Anschreiben nur um einen Dauerauftrag zu bitten¹³⁶.

Auch in Frankenthal erhoffte sich der Kreisvorstand von einem Gespräch mit dem sozialdemokratischen „OB und der Partei“ einen Beitrag zur Vorwärtsentwicklung der Organisation, insbesondere, da dort die konkurrierende konservative „KOMBA-Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst e.V.“ fünf von elf Personalräten bei der Stadtverwaltung stellte. Die Nebenstelle Frankenthal wurde seit 1. März 1965 von dem Kollegen Georg Schertel betreut, der sich zum Ziel gesetzt hatte, dort die Mitgliederzahl der ÖTV auf 1 000 zu steigern¹³⁷. Bereits zum 28. Februar 1966 musste er aber vor dem Kreisvorstand selbstkritisch feststellen, dass er in Frankenthal ohne einen dort ansässigen Vorstand „nicht mehr weiter käme“. Kreisvorsitzender Käß und Geschäftsführer Mentrop unterstützten diese Position und forderten: „Wenn sich die Nebenstelle rentieren sollte, müssten es 1 200 Mitglieder sein“¹³⁸. Auf der Kreisvorstandssitzung am 20. Juni 1966 stellte Geschäftsführer Mentrop fest: „Auch haben wir in Frankenthal sehr hohe Auslagen, gegenüber den Einnahmen“ und forderte „für die Nebenstelle Frankenthal eine für Ludwigshafen zufriedenstellende Lösung“¹³⁹. Entsprechend sprach sich der Kreisvorstand auf seiner Sitzung am 31. Oktober 1966 dafür aus, in Frankenthal unter Einschluss von Grünstadt und eventuell noch Alzey wieder eine selbständige Geschäftsstelle zu bilden, was der anwesende ÖTV-Bezirksleiter Rothländer jedoch ablehnte¹⁴⁰.

Offensichtlich war das Verhältnis zwischen der Bezirksleitung in Mainz und der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal anschließend nicht mehr das beste, denn auf der Kreisvorstandssitzung am 2. Oktober 1967 forderte der Vorstand auch weiterhin für seinen

¹³⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 31. Mai 1965, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Zur Person von Dr. Werner Ludwig vgl. seine Autobiografie: Unterwegs, Landau 1997.

¹³⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. September 1965, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 31. Mai 1965 und vom 29. November 1965, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 28. Februar 1966, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹³⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. Juni 1966, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹⁴⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 31. Oktober 1966, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 23, in: Becker 2000, S. 97 f.

Vorsitzenden einen Sitz im Bezirksvorstand, ansonsten werde der Kreisvorstand geschlossen zurücktreten. Vordringlich musste aber erst einmal ein Nachfolger für Christian Käß gefunden werden, da dieser am Schluss der Sitzung erklärte, aus gesundheitlichen Gründen nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen¹⁴¹. Daraufhin schlug am 17. November 1967 der Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Liebel, die ÖTV-Bezirkssekretärin und SPD-Stadträtin, Heny Roos, als neue Kreisvorsitzende vor. Die Entscheidung über den Stellvertreter wurde der Generalversammlung überlassen¹⁴². Tatsächlich wurde dann am 5. Januar 1968 Heny Roos von Generalversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal zur neuen Kreisvorsitzenden sowie die Personalratsvorsitzenden der Technischen Werke Ludwigshafen, Waldemar Frenzel, und der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Liebel, zu ihren beiden Stellvertretern gewählt¹⁴³.

Das neue Führungstrio gestaltete die Arbeit des Kreisvorstandes wieder wesentlich politischer. So wurden die Kollegen bereits am 22. Januar 1968 darüber informiert, dass sich bei den Pfalzwerken eine CDU-Betriebsgruppe gegründet hatte. Falls diese zu den Betriebsratswahlen kandidieren sollte, wurde eine Gegenkandidatur der SPD-Betriebsgruppe erwogen, letztlich aber doch hin zu einer offiziellen ÖTV-Liste orientiert¹⁴⁴. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaftssekretäre zu politischer Rückhaltung gemahnt: So kritisierte Waldemar Frenzel, dass der zum 30. April 1968 ausgeschiedene Geschäftsführer Mentrop sich auf einer SPD-Versammlung in der Ludwigshafener Gartenstadt ohne einen entsprechenden Beschluss des ÖTV-Kreisvorstandes namens der Gewerkschafter gegen die Notstandsgesetze ausgesprochen habe. Auch sei der „Chemie-Sekretär, Kollege Selzer, als Gewerkschaftssekretär innerhalb eines Marxistischen Forums aufgetreten“, was Frenzel als „für einen Gewerkschaftssekretär und seine Arbeit fragwürdig“ bezeichnete¹⁴⁵.

Zentraler Diskussionspunkt des neuen Vorstandes war jedoch die Beitragsregelung. So wandte sich zunächst im Juli 1968 der Bezirksvorstand an den Kreisvorstand zwecks Anschluss der Ludwigshafener Geschäftsstelle an die zentrale Datenverarbeitungsstelle des Hauptvorstandes. Damit sollte die bisherige persönliche Beitragskassierung durch ehrenamtliche Kassierer der ÖTV von einem zentralen Beitragsabzug ersetzt werden.

¹⁴¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 2. Oktober 1967, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹⁴² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. November 1967, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹⁴³ Vgl. „Die Rheinpfalz“ vom 17. November 1967 sowie zur Biografie von Heny Roos: Becker 2000, S. 190.

¹⁴⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 22. Januar 1968, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹⁴⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 13. Mai 1968, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 24, in: Becker 2000, S. 99 ff.

Tatsächlich zahlten zu diesem Zeitpunkt aber bereits über 50% der Mitglieder im Bereich der Geschäftsstelle Ludwigshafen-Frankenthal per Dauerauftrag und Lohnabzugsverfahren. Dennoch wurde im Kreisvorstand nun heftig darüber gestritten, ob man nicht bei einem Verzicht auf die Kassierer den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen verlieren würde. Außerdem, „viele Kollegen hätten gar kein Bankkonto und würden sich wegen der Gewerkschaft auch keins anlegen“. Letztlich beschloss der Vorstand aber am 9. September 1968, „sich dieser Neuerung nicht zu verschließen“. Anschließend rückte die Beitragshöhe in den Mittelpunkt der Debatte. Erreicht werden sollte dabei unter Verweis auf die erfolgreichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen der ÖTV eine Anhebung des Beitrages von DM 5,- auf DM 8,-. Allerdings musste der Kreisvorstand am 14. Mai 1969 feststellen, dass „fast ganze Betriebsabteilungen einer Beitragsangleichung ablehnend gegenüberstünden“. Daraufhin beschloss der Kreisvorstand statt mit einer „Holzhammerpolitik“ in einem persönlichen Gespräch das Mitglied zu einer Beitragsangleichung zu bewegen¹⁴⁶.

Die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal hatte zum 31. Dezember 1968 4 793 Mitglieder, die Kreisverwaltung Speyer 1 985. Die erste Diskussion im Kreisvorstand Ludwigshafen betreffend eines Anschlusses der Geschäftsstelle Speyer erfolgte am 11. Juni 1969, woran auch der ÖTV-Vorsitzende von Speyer, Pallentien, teilnahm. Anlass war der Vorschlag der Bezirksverwaltung, die Geschäftsstellen Ludwigshafen, Speyer und Neustadt zusammenzulegen. Vorgesehen waren für diese Kreisverwaltung vier Sekretäre und vier Angestellte, um eine „Spezialisierung“ der Sekretäre zu erreichen. Kollege Pallentien sprach sich auf der Sitzung dafür aus, sich „ernsthaft mit der Sache“ zu befassen¹⁴⁷.

Die geplante Neuordnung wurde jedoch noch einmal zurückgestellt, da die ÖTV den Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung zu verlieren drohte: Vor dem Hintergrund der Großen Koalition in Bonn war es in der Bundesrepublik zu einer Vielzahl wilder Streiks gekommen, die bei den Arbeitnehmern den Eindruck hinterließen, mit spontanen Streiks mehr erreichen zu können als die Gewerkschaften. Auch der ÖTV-Kreisvorstand Ludwigshafen-Frankenthal befasste sich am 18. September 1969 mit dieser schwierigen Situation, insbesondere aber in der Absicht, einen wilden Streik beim städtischen Fuhrpark in

¹⁴⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Juli 1968, vom 9. September 1968, vom 11. März 1969 und vom 14. Mai 1969, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6.

¹⁴⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 11. Juni 1969, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6. Veröffentlicht als Dokument 25, in: Becker 2000, S. 105 ff.

Ludwigshafen zu verhindern. Tatsächlich gelang es dann der ÖTV am 25. September 1969 mit dem Abschluss eines Zusatztarifvertrages über eine einmalige Zuwendung von DM 300,- die Situation zu beruhigen und damit die Kolleginnen und Kollegen wieder an die Organisation zu binden¹⁴⁸.

Entsprechend vollzog sich dann - vor dem Hintergrund einer politischen Stabilisierung in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wahl der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt am 28. September 1969 und im Rahmen der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz - die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ab dem 1. März 1970: Die Kreisverwaltung Speyer brachte 2 015 Mitglieder ein; gleichzeitig wurden rund 650 Mitglieder aus dem Bereich Grünstadt an die Kreisverwaltung Neustadt abgegeben¹⁴⁹. In das bisherige Führungstrio um Heny Roos wurde Bernd Pallentien aus Speyer kooptiert. Mit der erstmaligen Wahl eines Sozialdemokraten zum Bundeskanzler standen die Gewerkschaften aber vor dem Interessenkonflikt, auf der einen Seite der Erwartung vieler Mitglieder auf einen nun spürbaren ökonomischen und sozialpolitischen Fortschritt entsprechen zu müssen und auf der anderen Seite mit Willy Brandt „einen der ihren“ stützen zu wollen. Bis 1974 gelang dieser Spagat sehr erfolgreich: So konnte organisationspolitisch am 1. April 1971 der Mitgliedsbeitrag auf ein Prozent des Bruttoeinkommens festgelegt werden, am 8. Januar 1972 wurde die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst zum 1. Oktober 1974 festgelegt und am 13. September 1973 das 13. Monatsgehalt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreicht.

Die Erfolgsbilanz endete aber schlagartig im Oktober 1973 mit dem israelisch-arabischen Krieg und der nachfolgenden Ölkrise, die eine weltweite Rezession zur Folge hatte. In der Bundesrepublik stieg die Inflationsrate auf 8%, der die ÖTV eine Lohn- und Gehaltsforderung von 15% entgegen stellte, die wiederum die Bundesregierung mit einer Lohnleitlinie von 10% beantwortete. Nach vier gescheiterten Verhandlungsrunden standen die Zeichen auf Streik: Am 5. Februar 1974 zogen über 1 000 ÖTV-Mitglieder von Ludwigshafen über die Rheinbrücke zu einer Protestkundgebung nach Mannheim. Gleichzeitig blieben Busse und Straßenbahnen für zwei Stunden im Ludwigshafener Straßenbahndepot. Gestreikt wurde dann ab dem 11. Februar 1974: In Ludwigshafen beteiligten sich u.a. der städtische Bauhof und der städtische Fuhrpark sowie die Verkehrsbetriebe, in Frankenthal der Bauhof und die

¹⁴⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 18. September 1969, in: StALu / PGV 1 / Nr. 6 sowie Nachtmann 1996, S. 369.

¹⁴⁹ Schriftliche Mitteilung von Alfred Uhrig vom 15. September 1999.

Müllabfuhr sowie in Speyer die Müllabfuhr und die Standortverwaltung der Bundeswehr. Sympathiebekundungen der Bevölkerung während des Streiks waren die Regel und so waren bereits am 13. Februar 1974 elf Prozent mehr Lohn - mindestens aber DM 170,- durchgesetzt. Die Gewerkschaft ÖTV hatte die Interessen ihrer Mitglieder erfolgreich gewahrt, allerdings die Position von Bundeskanzler Brandt sichtlich angeschlagen, der den Abschluss mit „schwersten Bedenken gesamtwirtschaftlicher Art“ kommentierte¹⁵⁰.

Dennoch wurde auch noch im Oktober 1975 - also bereits ein Jahr nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt - der Streik vom Februar 1974 von der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1972 bis 1975 als erfolgreicher Streik bewertet. Als wesentliche Maßnahmen im Berichtszeitraum wurden von der Kreisverwaltung „die Erfassung weiterer Mitgliederteile in die EDV und der damit in Zusammenhang stehenden Übernahme in das Beitragsabrufverfahren“ sowie die „kontinuierliche Heranführung der Beiträge an die satzungsgemäße Höhe“ aufgeführt. Tatsächlich lag der Beitragssoll der 6 385 Mitglieder (49,1% Arbeiter, 41,6% Angestellte, 9,3% Beamte) zum 30. Juni 1975 bei 97%. Eine „nicht immer zu schließende Lücke“ war in der Geschäftsstelle durch den Unfalltod von Georg Schertel, des Leiters der Nebenstelle Frankenthal, entstanden¹⁵¹.

Eine weitere Lücke musste die Kreisdelegiertenversammlung am 24. Oktober 1975 schließen, denn Heny Roos hatte bereits im Juni 1975 mitgeteilt, dass sie nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stehen würde. Daraufhin wählten 98 von 120 Delegierten Waldemar Frenzel zum neuen Kreisvorsitzenden, zu seinen Stellvertretern wurden Paul Liebel (Ludwigshafen), Walter Strobel (Speyer) und Johannes Scherr (Frankenthal) gewählt. Die Delegierten wandten sich entschieden gegen den Abbau sozialer Leistungen und gegen Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst, beschlossen aber einstimmig in der nächsten Lohnrunde, lediglich den Ausgleich der Inflationsrate zu fordern¹⁵².

Zu seiner ersten Sitzung nach der Kreisdelegiertenversammlung trat der geschäftsführende Vorstand am 13. November 1975 zusammen. Dabei informierte Geschäftsführer Uhrig u.a. über den Umzug der Geschäftsstelle in größere Räume innerhalb des Ludwigshafener DGB-Hauses und bat um die Anschaffung eines neuen Fotokopierers, da monatlich ca. 100 Kopien

¹⁵⁰ Vgl. die Berichterstattung über den Streik im öffentlichen Dienst im Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal in den Ausgaben der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ vom 6. bis 14. Februar 1974.

¹⁵¹ Vgl. den Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1972-1975, in: StALu / PGV 1 / Nr. 8.

(!) anfallen würden. Auch würden ab Januar 1976 keine Beitragsmarken mehr ausgegeben. Die Unterkassierer sollten nun bei der Umstellung auf bargeldlose Zahlung mithelfen¹⁵³. Der neue Kreisvorstand tagte erstmals am 12. Dezember 1975. Hier informierte Kollege Uhrig u.a. über den Austritt des vorherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Pallentien aus Speyer - ganz offensichtlich eine Reaktion auf seine Nichtwiederwahl in den Kreisvorstand¹⁵⁴.

Auf der ersten Sitzung des Kreisvorstandes im Jahr 1976 einigten sich die Mitglieder bei den kommenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf eine Forderung von 7,5% Lohnerhöhung, mindestens jedoch 135,- DM. Waldemar Frenzel betonte ausdrücklich, dass „in einer Zeit, in der um die Arbeitsplätze gebangt wird, keine Bereitschaft für einen Arbeitskampf zu finden sei“¹⁵⁵. Auf der Kreisvorstandssitzung am 18. Februar 1976 konnte Kollege Uhrig mitteilen, dass alle 6 377 Mitglieder durch die Umstellung aller Beitragszahler in das Lastschriftverfahren nun „echte Mitglieder“ seien; lediglich im Bereich der Rentner gäbe es noch einige Karteileichen. Ein Mitgliederrückgang sei nur bei der LVA in Speyer zu verzeichnen, was auf eine falsche Gewerkschaftspolitik der ehemaligen Kreisverwaltung Speyer, insbesondere in der Beitragsfrage, zurückzuführen zu sei¹⁵⁶.

Der politische Extremismus und die ÖTV-Kreisverwaltung in den siebziger Jahren

Nachdem sowohl die am 26. September 1968 in Nachfolge der 1956 verbotenen KPD gegründete „Deutsche Kommunistische Partei – DKP“ als auch die bereits 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD“ bei den Bundestagswahlen 1969 bzw. 1972 an der 5%-Hürde gescheitert waren, spielte der politische Extremismus in den Diskussionen des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal bis Mitte der siebziger Jahre keine Rolle. Dies änderte sich jedoch ab 1976 mit dem Auftreten maoistischer Gruppen - insbesondere des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands – KBW“ - in Ludwigshafen. So informierte Geschäftsführer Uhrig zum ersten Mal am 18. Februar 1976 darüber, dass in der KBW-Zeitung für die Städtischen Krankenanstalten in Ludwigshafen in

¹⁵² Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 24. Oktober 1975, in: StALu / PGV 1 / Nr. 8.

¹⁵³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 13. November 1975, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁵⁴ Vgl. das Protokoll der Jahresabschlussitzung des Kreisvorstandes am 12. Dezember 1975, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9. Veröffentlicht als Dokument 26, in: Becker 2000, S. 108 ff.

¹⁵⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. Januar 1976, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁵⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 18. Februar 1976, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9. Veröffentlicht als Dokument 27, in: Becker 2000, S. 111 ff.

Bezug auf die ÖTV von „wir“ gesprochenen werde. Entsprechend forderte er den Kreisvorstand auf, sich in einem eigenen Flugblatt von dieser Gruppe zu distanzieren. Außerdem wies er auf die Möglichkeit hin, ÖTV-Mitglieder dieser Gruppe auszuschließen. Daraufhin schlug Waldemar Frenzel vor, dass das ÖTV-Flugblatt gezielt von den Personalräten bei den Städtischen Krankenanstalten verteilt werden sollte¹⁵⁷.

Während Linksextremisten also die Gewerkschaften zu unterwandern versuchten, wurde auf der rechten Seite auf eine Spaltung gesetzt. So berichtete Geschäftsführer Uhrig dem Kreisvorstand am 14. Dezember 1976 über Versuche der NPD, bei den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen Mitglieder für den „Deutschen Arbeiternehmerverband – DAV“ zu werben¹⁵⁸. Bei den Vorbereitungen zu den Personalratswahlen für 1977 diskutierte der Kreisvorstand erstmals über die Möglichkeit, Vorschlagslisten den Namen ÖTV zu untersagen, falls sich darunter auch KBW-Mitglieder befanden¹⁵⁹. Im April 1977 erschien dann auch das bereits im Februar 1976 im Kreisvorstand diskutierte Flugblatt, worin sich die ÖTV gegen die Aktivitäten der KBW-Zelle in den Städtischen Krankenanstalten wandte¹⁶⁰. Auf der Kreisvorstandssitzung am 25. Mai 1977 wurde ein erstes Ausschlussverfahren aus der ÖTV gegen ein Mitglied des Personalrates der Städtischen Krankenanstalten, das dem KBW angehörte, beschlossen¹⁶¹. Allerdings beschloss der Kreisvorstand am 16. Dezember 1977 auch, sich für die Einstellung eines DKP-Mitgliedes in den Schuldienst einzusetzen und kritisierte die Weiterleitung einer entsprechenden Unterschriftenliste an den Verfassungsschutz. Gleichzeitig verwies Geschäftsführer Uhrig jedoch darauf, dass die Abteilung Sozialarbeit von „linkstendierenden“ Mitgliedern beherrscht werde, die nicht nur fachbezogene Themen diskutierten. Häufig würden Fragen zur Kernenergie ins Spiel gebracht. Zudem wurde ein weiteres Ausschlussverfahren aus der ÖTV gegen ein Mitglied der Vertrauensleute der Städtischen Krankenanstalten, das dem KBW angehörte, eingeleitet. Entsprechend beschloss der Kreisvorstand am 31. Januar 1978 auch, die gewerkschaftliche Arbeit in den Städtischen Krankenanstalten „neu auf die Beine zu stellen“, da „nach dem heutigen Stand der Dinge keine Gewerkschaftsarbeit zu machen ist“¹⁶².

¹⁵⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 18. Februar 1976, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9. Veröffentlicht als Dokument 27, in: Becker 2000, S. 111 ff.

¹⁵⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Dezember 1976, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁵⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 16. Februar 1977, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶⁰ Das Flugblatt ist veröffentlicht als Dokument 28, in: Becker 2000, S. 119.

¹⁶¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 25. Mai 1977, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 16. Dezember 1977, vom 31. Januar 1978 und vom 10. Mai 1978, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

Erst im Juni 1978 wurde der Ausschluss der beiden KBW-Mitglieder aus der ÖTV von der Hauptverwaltung bestätigt. Geschäftsführer Uhrig ging davon aus, dass „sicherlich keine Beschwerde“ von beiden Betroffenen eingehe. Zudem konnte er verkünden, dass von Seiten der NPD keine Werbung mehr für den Deutschen Arbeiternehmerverband bei den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen erfolgen würde. Hingegen war die gewerkschaftliche Situation bei den Städtischen Krankenanstalten durch die Ausschlüsse noch keineswegs stabilisiert. So berichtete der zuständige Kreisverwaltungssekretär, Wolfgang Manzke, auf der Sitzung vom 7. Juli 1978 über heftige Auseinandersetzung zwischen ÖTV- und KBW-Sympathisanten auf der vorangegangenen Personalversammlung. Auch bei der Vertrauensleutenvollversammlung im Dezember 1978 sah sich der Kreisvorstand noch einmal heftigen Angriffen von KBW-Mitgliedern ausgesetzt. Endgültig abgewehrt wurden diese gewerkschaftsfeindlichen Angriffe mit den Vertrauensleutewahlen im Februar 1979. Zudem beteiligte sich der KBW in der Folge am Gründungsprozess der Partei „Die Grünen“ und trat deshalb auch innerhalb der Ludwigshafener ÖTV nicht mehr in Erscheinung¹⁶³.

Die Entwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung bis zum Ende der sozialliberalen Koalition

Neben der Abwehr des politischen Extremismus hatte die ÖTV-Kreisverwaltung ab Mitte der siebziger Jahre insbesondere aber die sozialen Standards der Mitglieder vor dem Hintergrund öffentlicher Einsparungen zu verteidigen. So protestierten z.B. am 26. April 1976 in Ludwigshafen auf einer Demonstrationkundgebung 1 600 städtische Mitarbeiter gemeinsam mit dem Personalratsvorsitzenden Paul Liebel und Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig gegen eine Änderung der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz, die den Rahmen der freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt erheblich einschränkte. Der ÖTV-Landesvorsitzender Anders verwies vor den Kundgebungsteilnehmern auf den vorangegangenen mäßigen Tarifabschluss und bezeichnete die Maßnahme der CDU-Landesregierung deshalb als „politisch instinktos“¹⁶⁴.

Im September 1976 musste der Kreisvorstand erstmals einen leichten Mitgliederrückgang zur Kenntnis nehmen, worauf bis einschließlich Juni 1977 eine Mitgliederkampagne initiiert

¹⁶³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. Juli 1978, vom 30. Januar 1979 und vom 6. Juni 1979, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶⁴ Vgl. die Berichterstattung über die Demonstrationkundgebung, in: „Die Rheinpfalz“ von 27. April 1976.

wurde¹⁶⁵. Zunächst einmal musste der Kreisvorstand jedoch am 14. Dezember 1976 feststellen, dass „zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Streikbereitschaft nicht vorhanden“ sei, vielmehr sei die Basis „müde“, so dass man sich in Bezug auf die Tarifrunde 1977 der Forderung des Hauptvorstandes nach einer Mindestlohnerhöhung von DM 150,- anschloss. Trotzdem gelang es auch für diese Forderung anschließend der ÖTV nicht, in Ludwigshafen ihre Mitglieder zu „spontanen Aktionen“ zu bewegen¹⁶⁶. Erfolgreich wurde hingegen Ende Juni 1977 die Mitgliederkampagne abgeschlossen. In deren Rahmen wurden 1 051 neue Mitglieder geworben; zudem wurden weitere Mitglieder von der ÖTV-Kreisverwaltung Neustadt übernommen, so z.B. im Februar 1977 die Betriebsangehörigen der Rhein-Haardtbahn, der Pfalzwerke und der LVA Edenkoben. Damit zählte die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal nun über 6 500 Mitglieder, so dass am 15. September 1977 dem Kreisvorstand mit Willi Löv ein dritter Sekretär präsentiert werden konnte¹⁶⁷.

Bedroht erschien die positive Mitgliederentwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung erstmals wieder im April 1978, als die GdP als 17. Säule in DGB aufgenommen wurde und sich damit der Übergang von ÖTV-Mitgliedern innerhalb der Kreisverwaltung zu dieser neuen Spartengewerkschaft ankündigte¹⁶⁸. Einen Verbündeten bei der Sicherung ihres Mitgliederstandes hatte die ÖTV in Ludwigshafen jedoch noch immer mit dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister und ÖTV-Mitglied, Dr. Werner Ludwig, der bei einem Empfang für den Hauptvorstand am 24. November 1978 die gute Zusammenarbeit mit der ÖTV herausstellte und betonte: „Wir brauchen das Miteinander“¹⁶⁹. Entsprechend konnte Geschäftsführer Uhrig auf der Jahresabschlusssitzung des Kreisvorstandes - trotz der Abgänge zur GdP - einen weiteren Mitgliedererfolg bekannt geben, so dass die Geschäftsstelle nun 6 818 Mitglieder betreute, die einen Durchschnittsbeitrag von DM 16,70 leisteten¹⁷⁰.

¹⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 24. September 1976, vom 14. Dezember 1976 und vom 16. Februar 1977, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Dezember 1976 und vom 16. Februar 1977, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 15. September 1977, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9 sowie zur Biografie von Willi Löv: Becker 2000, S. 186.

¹⁶⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 16. Dezember 1977, vom 31. Januar 1978 und vom 10. Mai 1978, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁶⁹ Vgl. die Berichterstattung über den Empfang, in: „Die Rheinpfalz“ von 24. November 1978.

¹⁷⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 8. Dezember 1978 und vom 30. Januar 1979, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

Während der Kreisvorstand im Jahr 1979 extern sich bei der Tarifrunde für die Beibehaltung eines einheitlichen Urlaubsgeldes aussprach, hatte er sich intern mit der krisenhaften Entwicklung des DGB zu beschäftigen. So wurden die hohen Mietkosten im Ludwigshafener DGB-Haus und das mangelnde Engagement der DGB-Vermögensverwaltung für das Gebäude kritisiert, beschlossen beim 1. Mai neue Wege zu gehen, in dem man die Kundgebung vom Ebertpark in die Ludwigshafener Fußgängerzone verlagerte und das finanzielle Ende der Büchergilde Gutenberg konstatiert¹⁷¹. Entsprechend betonte die Kreisverwaltung in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1975 bis 1979 insbesondere die Mitgliedererlöse und die hohe Zahl von Vertrauensleuten, so dass auf 12 Mitglieder eine Vertrauensperson kam, verschwieg aber auch nicht „erschreckend schlecht“ besuchte Mitgliederversammlungen. Der Geschäftsbericht lag den 134 Delegierten der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Oktober 1979 vor. Bei 10 Neinstimmen wurde Waldemar Frenzel als Kreisvorsitzender bestätigt, zu seinen Stellvertretern wieder Paul Liebel aus Ludwigshafen und Johannes Scherr aus Frankenthal sowie neu Gustav Pade aus Speyer gewählt. Der ÖTV-Landesvorsitzende, Hans Anders, forderte in seinem Referat von den Unternehmern Preisdisziplin und betonte die Rolle der Einheitsgewerkschaft gegenüber Spaltungsversuchen von Seiten der CSU¹⁷².

Auch der neue Kreisvorstand befasste sich zu Beginn seiner Amtszeit mit seiner originären Aufgabe, der neuen Tarifrunde für das Jahr 1980. Dabei einigte man sich einstimmig auf einen Forderungskatalog in der Reihenfolge: Mindestbetrag, Urlaub, Prozente. Da es für diese Forderungen anschließend in Ludwigshafen sogar zu Warnstreiks kam, wurde der letztliche Abschluss von 6,3% ohne einen Festbetrag von den Kollegen als unbefriedigend wahrgenommen. Ebenso unbefriedigend wurde vom Kreisvorstand die Situation im DGB-Haus eingeschätzt, aber ein Auszug aus Solidarität mit den andern Gewerkschaften abgelehnt. Dagegen wurde die Mitgliederentwicklung positiv eingeschätzt und auch die Personalratswahlen 1980 waren mit 93 Mandatsträgern für die ÖTV von insgesamt 165 Gewählten ein Erfolg¹⁷³.

Unter dem Eindruck des aus damaliger Sicht unbefriedigenden Tarifabschlusses 1980/81 beschloss der Kreisvorstand am 4. Dezember 1981 für das Jahr 1982 einen Flächenstreik und

¹⁷¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 30. Januar 1979, vom 6. Juni 1979, vom 14. August 1979 und vom 15. Oktober 1979, in: StALu / PGV 1 / Nr. 9.

¹⁷² Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 26. Oktober 1979, in: StALu / PGV 1 / Nr. 10.

¹⁷³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Februar 1980, vom 16. April 1980, vom 1. Juli 1980, vom 20. Oktober 1980 und vom 17. Dezember 1980, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11. Das Protokoll vom 16. April 1980 ist auch veröffentlicht als Dokument 32, in: Becker 2000, S. 124 ff.

vorbereitend hierzu die Einsetzung eines Arbeitskampfausschusses, falls die Arbeitgeber keine Änderungen bei den Sparmaßnahmen vornehmen würden¹⁷⁴. Jedoch konnte Geschäftsführer Uhrig bereits auf der nächsten Sitzung bekannt geben, dass die geplanten Kürzungen vorläufig zurückgenommen seien. Auf der gleichen Sitzung befasste sich der Kreisvorstand auch mit der Situation der Ausländer in Ludwigshafen und sprach für sich die Bildung eines Ausschusses für Ausländerfragen auf DGB-Ebene, aber gegen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus¹⁷⁵. Das zentrale innenpolitische Thema - der NATO-Doppelbeschluss - kam erstmals am 4. Juni 1982 zur Sprache, als Geschäftsführer Uhrig die Maifeier des DGB-Kreises Frankenthal kritisierte, wo der Auftritt der Kabarett-Gruppe „Das rote Rohr“ nicht mit der Auffassung der Gewerkschaften von Frieden und Freiheit in Einklang zu bringen gewesen sei. Auch der DGB-Bundeskongress hatte sich laut der Delegierten Gisela Walter bei dem Diskussionspunkt „Frieden durch Abrüstung“ an der Debatte um die NATO-Nachrüstung beteiligt. Weitere Themen waren „Der Weg zur 35 Stunden-Woche“, „Ausländische Arbeitnehmer in der BRD“, die Frage des Rechtsextremismus und die Krise der „Neuen Heimat“ gewesen¹⁷⁶.

Die ÖTV-Kreisverwaltung nach der Wende

Die erste Sitzung des Kreisvorstandes nach der Sommerpause im Jahr 1982 fand an einen historischen Datum statt. Während der Kreisvorstand am 1. Oktober um 14.00 Uhr in Ludwigshafen zu einer Sitzung zusammentrat, um die Tagesordnungspunkte: Geschäftliche Mitteilungen, Bericht vom Gewerkschaftstag, Vorbereitung auf die Kreisdelegiertenkonferenz, Schulungs- und Bildungsprogramm sowie Verschiedenes abzuhandeln, wurde um 15.12 Uhr in Bonn die Wahl des Ludwigshafener CDU-Politikers Dr. Helmut Kohl, durch ein konstruktives Misstrauensvotum zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bekannt gegeben. Zwölf Jahre sozialdemokratische Regierungsverantwortung waren damit beendet¹⁷⁷. Der ÖTV-Kreisvorsitzende Frenzel

¹⁷⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 4. Dezember 1981, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11. Veröffentlicht als Dokument 33, in: Becker 2000, S. 131 ff.

¹⁷⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 10. Februar 1982, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11.

¹⁷⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 4. Juni 1982, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11.

¹⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 1. Oktober 1982, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11.

kommentierte diesen Vorgang auf der Jahresabschlussitzung am 10. Dezember 1982 mit der Feststellung, dass „eine schwere Zukunft vor uns allen liege“¹⁷⁸.

Dass sich mit dem Regierungswechsel tatsächlich die Verhandlungspositionen für die Gewerkschaften verschlechtert hatten, machte sofort die Tarifrunde 1983 deutlich. Während die ÖTV mit der gemäßigten Forderung nach einem Preissteigerungsausgleich in die Verhandlung ging, forderte Bundesfinanzminister Stoltenberg eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst. Letztlich erfolgte der Abschluss bei 3,0% Lohnerhöhung, was deutlich unter der Inflationsrate von 4,5% lag. Im Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit sah aber auch der ÖTV-Kreisvorstand auf einer außerordentlichen Sitzung keine Chance auf einen erfolgreichen Abwehrstreik¹⁷⁹.

Auf den nächsten beiden regulären Sitzungen beschäftigte sich der Kreisvorstand dann am 15. Juni und 12. September 1983 mit der Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz 1983¹⁸⁰. Dabei wurde u.a. Waldemar Frenzel zur Wiederwahl vorgeschlagen und anschließend auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 23. September 1983 von 147 der 165 Delegierten auch eindeutig bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gustav Pade (Speyer), Herbert Höfer (Ludwigshafen) und Jürgen Lüders (Frankenthal) gewählt. Zuvor hatten der DGB-Kreisvorsitzende Heiner Boegler und der ÖTV-Landesbezirksvorsitzende Hans Anders die Politik der neuen Bundesregierung scharf verurteilt und ihr vor allem sozialen Kahlschlag vorgeworfen. Die Kreisdelegiertenkonferenz forderte u.a. Arbeitszeitverkürzungen bei der Lebensarbeitszeit sowie der Wochenarbeitszeit, Tarifverträge für den Kirchenbereich und rief zu einer Teilnahme an gewaltfreien Kundgebungen für Frieden und Abrüstung auf¹⁸¹.

Trotzdem lehnte der Kreisvorstand auf seiner Jahresabschlussitzung eine Erklärung des Ludwigshafener DGB-Hauses zur „ABC-Waffen-Freie-Zone“ als unnötige „Einzelaktion“ ab. Weiterhin wurde beschlossen, die Arbeitszeitdiskussion durch die Vertrauensleute in die Betriebe zu tragen. Nach Abschluss dieser Diskussion verabschiedete der Kreisvorstand am 28. März 1984 eine Entschließung, die den Schwerpunkt auf die Verkürzung der

¹⁷⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 10. Dezember 1982, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11. Veröffentlicht als Dokument 34, in: Becker 2000, S. 139 ff.

¹⁷⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. Februar 1983 und vom 8. Juni 1983, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11.

¹⁸⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 15. Juni 1983 und vom 12. September 1983, in: StALu / PGV 1 / Nr. 11.

¹⁸¹ Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 23. September 1983, in: StALu / PGV 1 / Nr. 12.

Lebensarbeitszeit legte und die 35-Stunden-Woche als langfristiges Ziel erklärte¹⁸². Der Abschluss der Betriebs- und Personalratswahlen 1984 wurde auf der Kreisvorstandssitzung am 22. Mai 1984 diskutiert. Da sich sowohl bei den Betriebsrats- als auch bei den Personalratswahlen Zugewinne für die ÖTV ergeben hatten, konnte der Kreisvorstand optimistisch in die Tarifrunde 1984 eintreten. Wesentliches Ziel sollte dabei das „Durchbrechen“ der von der Bundesregierung geplanten Nullrunde sein. Entsprechend wurde auf der Jahresabschlussitzung am 18. Dezember 1984 die Lohnerhöhung um 3,2% auch als Erfolg gewertet. Ebenso positiv schätzte der Kreisvorstand ein, dass er die Mitgliederzahl stabil bei 8 000 lag. Kritisiert wurde dagegen, dass auf dem Gewerkschaftstag immer mehr Delegierte „Ideologen, wie z.B. Sozialarbeiter“ seien, „die eine andere Politik machen wollen, die sich mit dem Willen der Mitglieder nicht deckt.“¹⁸³.

Für die Tarifrunde 1986 beschloss der Kreisvorstand am 8. Mai 1985 wiederum vorab eine Diskussion der Forderungen in den Vertrauensleuteversammlungen unter Verzicht einer Vertrauensleutenvollversammlung. Hierzu führte der stellvertretende Kreisvorsitzende Pade aus: „Es bestehe die Gefahr, dass Kollegen, die rhetorisch gut seien, andere Kollegen mit ihrer Meinung beeinflussen können. Wenn eine andere Mehrheitsmeinung in der Vertrauensleutenvollversammlung als bei den Diskussionen gebildet werde, sei der Kreisvorstand in die Enge getrieben bei der Beschlussfassung“. Waldemar Frenzel ergänzte, dass „der Kreisvorstand die Aufgabe habe, das Beste für die Gesamtorganisation zu erzielen.“¹⁸⁴. Ein Einschnitt bedeutete die Kreisvorstandssitzung vom 14. Oktober 1985. Nach 18 Jahren musste für den in Pension gehenden Geschäftsführer Alfred Uhrig ein Nachfolger gewählt werden. Die Wahl fiel einstimmig auf Willi Löw. Als neuer Sekretär für Alfred Uhrig wurde der Kollege Peter Kynast bestätigt. Zusätzlich musste als neuer stellvertretender Kreisvorsitzender Karl Brauch gewählt werden, da Herbert Höfer seinen Rücktritt erklärt hatte. Eine Episode am Rande dieser Sitzung war, dass Waldemar Frenzel - ehemaliger Sekretär der 1951 verbotenen kommunistischen FDJ in Ludwigshafen - über Flugblätter in den Städtischen Krankenanstalten berichtete, in denen die ÖTV in Zusammenhang mit der kommunistischen SDAJ - der Nachfolgeorganisation der FDJ - gebracht worden war und der Kreisvorstand daraufhin einstimmig beschloss, dass „ein Ausschlussverfahren im

¹⁸² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 6. Dezember 1983, vom 7. Februar 1984 und vom 28. März 1984, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13.

¹⁸³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Mai 1984, vom 10. Juli 1984, vom 22. Oktober 1984 und vom 18. Dezember 1984, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13. Das Protokoll vom 10. Juli 1984 ist auch veröffentlicht als Dokument 36, in: Becker 2000, S. 147 ff.

¹⁸⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 08. Mai 1985, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13.

Wiederholungsfalle beantragt wird“. Weiterhin beschloss die Versammlung für die Tarifrunde 1986 eine Lohnerhöhung von 6% zu fordern und die Teilnahme der ÖTV an Protestaktionen des DGB gegen die „falsche Politik“ der Bundesregierung¹⁸⁵.

Eine politische Zäsur ergab sich für den Kreisvorstand durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Auf der Kreisvorstandssitzung am 4. Juni 1986 wurde erstmals ein Antrag gegen einen weiteren Ausbau der Atomtechnologie¹⁸⁶ verabschiedet. Ebenso fand ein Antrag der Abteilung Kirchen und ihre Einrichtungen gegen ein Berufsverbot für das Kaiserslauterer DKP-Mitglied Wolfgang Jung eine Mehrheit. Sehr kritisch wurde auch das Thema „Neue Heimat“ diskutiert. Entsprechend wurde ein Auszug aus dem DGB-Haus wegen des hohen Mietpreises in Erwägung gezogen¹⁸⁷.

Anlass zu politischen Debatten im Kreisvorstand im Jahr 1987 bot gleich zu Beginn die umstrittene Volkszählung 1987. Mehrere hierzu kritische Anträge der Abteilung Kirchen und ihre Einrichtungen wurden auf der Kreisvorstandstagung am 26. Februar 1987 abgelehnt¹⁸⁸. Auf der nächsten Sitzung wurden insbesondere Personalangelegenheiten diskutiert. Dabei wurde u.a. die Beschäftigung von Reinald Rohleder als stellvertretender Geschäftsführer und Klaus Weller als Praktikant beschlossen¹⁸⁹. Die Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Juni 1987 stand dann im Mittelpunkt der Beratungen des Kreisvorstandes am 4. Juni 1987. Waldemar Frenzel wurde wieder als Kreisvorsitzender vorgeschlagen sowie als seine Stellvertreter Karl Brauch (Ludwigshafen), Jürgen Lüders (Frankenthal) und Gustav Pade aus Speyer¹⁹⁰. Alle vier wurden anschließend auch von der Kreisdelegiertenkonferenz bestätigt, wobei Waldemar Frenzel mit 131 Stimmen ein deutlich schlechteres Ergebnis hatte als seine Stellvertreter, die bis zu 160 Stimmen erhielten. Die Kreisdelegiertenkonferenz bekräftigte u.a. die Forderung einer Abkehr von der Kernenergie und forderte eine Null-Lösung bei atomaren Mittelstreckenraketen. Der ÖTV-Landesvorsitzender Anders unterstrich, dass die Bundesregierung seit der Wende den „seit Gründung der Bundesrepublik bestehenden Kompromiss mit den Gewerkschaften aufgekündigt“ habe und jetzt „eine Politik der

¹⁸⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Oktober 1985, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13. Veröffentlicht als Dokument 37, in: Becker 2000, S. 154 ff.

¹⁸⁶ Der Antrag ist veröffentlicht als Dokument 38, in Becker 2000, S. 163.

¹⁸⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. Mai 1986, vom 4. Juni 1986, vom 6. Oktober 1986, vom 11. November 1986 und vom 17. Dezember 1986, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13.

¹⁸⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 26. Februar 1987, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13. Der Kreisvorstand folgte damit der vorgegebenen Linie des Bezirksvorstandes. Vgl. hierzu Dokument 39, in: Becker 2000, S. 164.

¹⁸⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 05. Mai 1987, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13.

¹⁹⁰ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 04. Juni 1987, in: StALu / PGV 1 / Nr. 13.

Klassenkonfrontation statt des Klassenausgleichs“ betreibe. Auch Geschäftsführer Löv betonte, dass sich das soziale Klima in der Bundesrepublik Deutschland erheblich verschlechtert habe und verwies dabei auf die drastisch gestiegene Zahl von Rechtshilfebeiständen durch die ÖTV. Grund zur Freude habe die ÖTV daher nur hinsichtlich der Mitgliederentwicklung. Deren Zahl sei seit 1983 um 835 auf 8 870 gestiegen¹⁹¹.

Entsprechend gestärkt gelang es der ÖTV im Februar 1988 mit massiven Warnstreiks - an ihnen beteiligten sich in Ludwigshafen 1 200 städtische Mitarbeiter, 200 Mitarbeiter der VBL und 450 Bedienstete der TWL - den Einstieg in 35-Stunden-Woche zu erzwingen. Zum 01. April 1988 betrug die wöchentliche Arbeitszeit nur noch 39 Stunden und zum 01. April 1990 nur noch 38,5 Stunden. Hierfür musste allerdings ein Lohnverzicht in Kauf genommen werden, was sich sehr nachteilig auswirkte, da die Teuerung weitaus höher war als der finanzielle Abschluss. Auch wurden durch die öffentlichen Arbeitgeber nicht überall die durch die Arbeitszeitverkürzung erforderlichen neuen Arbeitsplätze geschaffen¹⁹².

Von der Deutschen Einheit zur Feier 100 Jahre ÖTV

Der Zusammenbruch der DDR 1989 und ihr Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 03. Oktober 1990 brachte für die Gewerkschaft ÖTV auch Probleme mit sich. Es mussten nun schnellstens die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch in den fünf neuen Ländern freie Gewerkschaften aufzubauen. Hierzu hat auch die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal im personellen Bereich einen Beitrag geleistet. Hauptamtliche, aber auch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus Ludwigshafen waren zeitweise in Chemnitz aktiv. Trotz der daraus für eigene Kreisverwaltung folgenden personellen Engpässe konnte der Kreisvorsitzende Frenzel zum 31. Dezember 1990 aber eine positive Bilanz ziehen: 9 282 Kolleginnen und Kollegen waren nun in der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal organisiert. Davon waren 47,5% Angestellte, 44,6% Arbeiter und 7,9% Beamte. 80% der gewählten Betriebs- und Personalräte gehörten der ÖTV an¹⁹³.

Die Ära Frenzel der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ging mit der Kreisdelegiertenkonferenz vom 14. Juni 1991 zu Ende. Zu seinen Nachfolger wurde Gerhard

¹⁹¹ Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 26. Juni 1987, in: StALu / PGV 1 / Nr. 14.

¹⁹² Vgl. die Presseberichte über die Warnstreiks in Ludwigshafen vom Februar 1988, in: „Die Rheinpfalz“ sowie den Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1987-1990, in: StALu / PGV 1 / Nr. 16.

¹⁹³ Vgl. den Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1987-1990, in: StALu / PGV 1 / Nr. 16.

Trapp¹⁹⁴ - Betriebsratsvorsitzender der TWL - gewählt, der sich mit 111 Stimmen gegen 52 Stimmen für Hans Ulrich Stumm¹⁹⁵ - Personalrat bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen - durchsetzte. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Karl Brauch (Ludwigshafen), Franz Seiller (Speyer) und Jürgen Lüders (Frankenthal) sowie erstmals als Vertreterin der Frauen in der ÖTV Friederike Ebli aus Speyer gewählt. Waldemar Frenzel wurde zum Ehrenvorsitzenden bestimmt¹⁹⁶. Der zukünftige ÖTV-Landesvorsitzende, Herbert Wenger, betonte, dass die ÖTV auch bei einer nun SPD-geführten Landesregierung sich nicht scheuen würde, mit gewerkschaftlichen Forderungen an sie heranzutreten¹⁹⁷.

Verbunden mit dem Wechsel von Waldemar Frenzel zu Gerhard Trapp war auch nach 37 Jahren der Auszug der ÖTV-Geschäftsstelle aus dem Ludwigshafener DGB-Haus und der Neubezug von Büroräumen in der Wredestraße 6. Die konstituierende Sitzung des neuen Kreisvorstandes erfolgte am 8. August 1991. Auf ihr wurde erneut die mangelnde Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze kritisiert und deshalb für die Tarifrunde 1992 der Schwerpunkt auf Lohn- und Gehaltserhöhungen gelegt¹⁹⁸. Daraufhin einigte sich der Kreisvorstand auf der folgenden Sitzung am 29. Oktober 1991 auf eine Forderung von 10% Lohn- und Gehaltserhöhung¹⁹⁹.

Der Bezirksvorstand und die Große Tarifkommission gingen dann im Frühjahr 1992 mit einer Forderung von 9,5% in die Verhandlungen. Da die Arbeitgeber jedoch überhaupt erst in der dritten Verhandlungsrunde ein Angebot von 3,5% unterbreiteten, begann nun auch die Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal mit den Vorbereitungen auf einen Streik. Dieser setzte dann am 27. April 1992 bei den Mitarbeitern der VBL ein und endete erst am 8. Mai 1992. Insgesamt beteiligten sich rund 3 400 Mitglieder der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal am Ausstand. Vor dem Hintergrund dieser Mobilisierung war der Tarifabschluss von 5,4% für die Mitglieder eine Enttäuschung, weshalb 2/3 der Mitglieder, die sich an der Abstimmung im Gebiet der Kreisverwaltung beteiligt hatten, den Tarifabschluss ablehnten. In Rheinland-Pfalz betrug die Zustimmung 47,4%, bundesweit nur 44,1%. Damit ergab sich auch keine 3/4-Mehrheit für eine Fortführung des Streiks, womit der Tarifabschluss so oder so für die ÖTV eine Niederlage bedeutete. Auch der Kreisvorstand

¹⁹⁴ Vgl. zur Biografie von Gerhard Trapp: Becker 2000, S. 194.

¹⁹⁵ Vgl. die Biografie von Hans Ulrich Stumm im Anhang.

¹⁹⁶ Vgl. Dokument 40, in Becker 2000, S. 165.

¹⁹⁷ Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 14. Juni 1991, in: StALu / PGV 1 / Nr. 16.

¹⁹⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 8. August 1991, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17.

¹⁹⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 29. Oktober 1991, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17.

setzte sich am 18. Mai 1992 kritisch mit dem Ergebnis auseinander. Geschäftsführer Löv stellte fest: „Wir können allerdings nicht verschleiern, dass die Abwesenheit vieler Kreisvorstandsmitglieder und Funktionäre sehr viel Unmut ausgelöst hat. Es kann einfach nicht wahr sein, dass man in einer solchen Zeit in Urlaub geht oder auch als Beamter meint, keinen Weg zu finden, Streikenden zu helfen.“ Wenigstens blieb der ÖTV-Kreisverwaltung jedoch der befürchtete Massenaustritt von Mitgliedern erspart. Von 118 Austritten zwischen Mai und Juli 1992 waren nur 37 mittel- oder unmittelbar in einen Zusammenhang mit der vorangegangenen Streikniederlage zu bringen. Vielmehr hatte die Kreisverwaltung ihre Mitgliederzahl auf nun 9 753 erhöhen können, wobei die Fluktuation unter der Mitgliedschaft sehr hoch war²⁰⁰.

Aufgrund der kurzen Laufzeit des Tarifvertrages stand bereits am 28. September 1992 wieder die Tarifrunde 1993 auf der Tagesordnung des Kreisvorstandes. Dabei wurde im Kreisvorstand kritisch gesehen, dass die Große Tarifkommission nun wieder eine Verkürzung der Arbeitszeit favorisierte²⁰¹. Tatsächlich einigten sich die Verhandlungspartner dann ohne Kampfmaßnahmen am 4. Februar 1993 auf eine lineare Gehaltserhöhung von 3%.

Entsprechend stand im Kreisvorstand auch die Neuwahl der Geschäftsführung im Mittelpunkt des Interesses. Da Willi Löv zum 31. März 1993 in Pension ging, wurde Reinald Rohleder zum neuen Geschäftsführer und Gisela Walter zur Stellvertreterin gewählt. Als neuer Sekretär wurde Roland Lang eingestellt. Allerdings musste sich der Kreisvorstand am 7. Juni 1993 eingestehen, dass die unbefriedigenden Tarifergebnisse zu einer negativen Tendenz bei der Mitgliederentwicklung geführt hatten. Ebenso hatte die ÖTV Mandatseinbußen bei den Personalratswahlen 1993 zu verzeichnen²⁰².

Bereits im Mai 1994 war der Kreisvorstand aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes von Geschäftsführer Rohleder und dem Weggang von Gisela Walter zu neuen Personalentscheidungen gezwungen. Lothar Plogsties²⁰³ wurde kommissarisch als neuer Geschäftsführer eingesetzt, Sigrid Meier zur stellvertretenden Geschäftsführerin gewählt sowie Klaus Weller als Sekretär von Neustadt nach Ludwigshafen versetzt. Endgültig gewählt

²⁰⁰ Vgl. der Kreisvorstandssitzung vom 12. März 1992, vom 18. Mai 1992 und vom 15. Juli 1992, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17 sowie die umfassende Dokumentation des Streiks 1992, in: StALu / PGV 1 / Nr. 23, Nr. 24 und Nr. 25 und Dokument 41, in: Becker 2000, S. 166.

²⁰¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 28. September 1992 und vom 5. November 1992, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17.

²⁰² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Januar 1993, vom 16. März 1993 und vom 7. Juni 1993, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17 sowie Dokument 42, in: Becker 2000, S. 167.

²⁰³ Vgl. die Biografie von Lothar Plogsties im Anhang.

zum Geschäftsführer wurde Lothar Plogsties dann am 3. November 1994. Als Schwerpunkt seiner Arbeit definierte er die kritische Begleitung der Veränderungen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen: „Der Oberbürgermeister wird von uns kein Placet bekommen, in jedem Jahr 100 Arbeitsplätze zu vernichten“²⁰⁴.

Allerdings beschäftigte sich der Kreisvorstand nicht nur mit den Reformen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen sondern auch mit internen Verbesserungen der eigenen Struktur: Neben Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder bzw. zur Erhaltung des Mitgliederstandes wurde u.a. beschlossen, der Kreisdelegiertenkonferenz am 19. Januar 1996 die Reduzierung des Kreisvorstandes auf 25 Mitglieder vorzuschlagen. Diesmal einstimmig wurde Gerhard Trapp zur Wiederwahl als Kreisvorsitzender sowie als seine Stellvertreter Hans Ulrich Stumm (Ludwigshafen), Roswitha Bruchwitz (Speyer) und Jürgen Lüders (Frankenthal) vorgeschlagen²⁰⁵.

Alle Vorgeschlagenen wurden auch durch die Kreisdelegiertenkonferenz bestätigt, wobei Gerhard Trapp mit 125 von 137 Delegiertenstimmen das beste Ergebnis erzielte. Mehrheitlich sprach sich die Konferenz u.a. für einen Ausstieg aus der Atomindustrie aus. Geschäftsführer Plogsties verwies mit 9 314 Arbeitern, Angestellten und Beamten auf die stabile Mitgliederbasis der Kreisverwaltung und betonte die Bereitschaft der ÖTV bei der Verwaltungsreform der Stadt Ludwigshafen mitzuarbeiten, unter dem Vorbehalt: „Wir geben kein grünes Licht für einen eventuell geplanten Stellenabbau“²⁰⁶. Dabei lag der Schwerpunkt der ÖTV darin, die aktive Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Personalräte und ÖTV Vertrauensleute zu organisieren, damit dem gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch Rechnung getragen werden konnte. Dies geschah unter der Mitarbeit der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der ÖTV Rheinland-Pfalz, Beate Eggert, und wurde durch einen bundesweit beispielhaften Vertrag zwischen dem seit 1993 amtierenden Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen, Dr. Wolfgang Schulte und der ÖTV abgesichert²⁰⁷.

²⁰⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 12. Januar 1994, vom 4. März 1994, vom 19. Mai 1994, vom 27. Juni 1994, vom 10. Oktober 1994, vom 3. November 1994 und vom 5. Dezember 1994, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17.

²⁰⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 19. Januar 1995, das Protokoll der Klausurtagung vom 12. und 13. Mai 1995, das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 6. Juni 1995, das Protokoll der Klausurtagung vom 2. und 3. November 1995 und das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 28. November 1995, in: StALu / PGV 1 / Nr. 17.

²⁰⁶ Vgl. die umfassende Dokumentation der Kreisdelegiertenkonferenz vom 19. Januar 1996, in: StALu / PGV 1 / Nr. 18.

²⁰⁷ Mündliche Auskunft Lothar Plogsties vom 23. September 1999 und schriftliche Mitteilung von Beate Eggert vom 14. September 1999.

Der neue Kreisvorstand wurde unmittelbar mit der Tarifaueinandersetzung 1996 konfrontiert: Dabei einigte man sich auf einer Klausurtagung am 20. und 21. März 1996 in Hertlingshausen auf die Forderung eines Festbetrages von DM 190,- für eine Laufzeit von 12 Monaten. Zur Unterstützung dieser Forderung führte die ÖTV am 21. Mai 1996 schwerpunktmäßig Warnstreiks in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal durch. Am 13. Juni 1996 lag dann der Schiedsspruch der Schlichtungskommission vor: Eine Einmalzahlung von DM 300,- und eine Einkommenserhöhung von 1,3% für 1997. In der Urabstimmung sprachen sich 1/3 der von der Kreisverwaltung erreichten Kolleginnen und Kollegen für eine Annahme und 2/3 für Ablehnung aus. Da die Große Tarifkommission jedoch dem Schiedsspruch zustimmte, wurde letztlich auf weitere Kampfmaßnahmen verzichtet. Hans Ulrich Stumm bezeichnete diese Situation als „fatal“, da nach seinem Eindruck „von Seiten der Mitgliedschaft ein tiefes Misstrauen gegenüber dem hauptamtlichen Apparat der ÖTV besteht, über das unbedingt nachgedacht werden muss“²⁰⁸.

Entsprechend überrascht nicht, dass das Jahr 1997 auch in der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal von der Debatte um einen Konsolidierungsprozess der ÖTV geprägt war. Kernpunkte der Diskussion waren die finanzielle Absicherung der Streikfähigkeit der ÖTV durch eine Haushaltskonsolidierung und damit verbunden eine langfristig angelegte „Mitglieder- und Werbekampagne“, wobei hierfür die Voraussetzungen in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal besonders günstig waren, da die Kreisverwaltung laut Geschäftsführer Plogsties von fast 200 ÖTV-Kreisverwaltungen bundesweit in der Mitgliederentwicklung an 10. Stelle lag²⁰⁹.

Gleichzeitig wurde aber auch ein zentrales Ereignis vorbereitet, nämlich die Feierlichkeiten zu „100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal“. Hierzu erstellten aus dem Kreis der Seniorinnen und Senioren die Kollegen Ludwig Nell, stellvertretender Vorsitzender des Seniorenausschusses, Kurt Seib²¹⁰, Schriftführer des Seniorenausschusses sowie Bruno Hofmann, Vorsitzender des Seniorenausschusses eine Broschüre, die die hundertjährige Organisationsgeschichte vom 25. Oktober 1897 - Gründung des Verbandes der Gasarbeiter in Ludwigshafen - bis zum 18. Februar 1933 - Verbot des Organs des

²⁰⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 28. Februar 1996, das Protokoll der Klausurtagung vom 20. und 21. März 1996 und das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 15. Mai 1996, vom 29. Mai 1996, vom 13. Juni 1996 sowie vom 18. Juni 1996, in: StALu / PGV 1 / Nr. 19.

²⁰⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzungen vom 30. Januar 1997, vom 11. März 1997, vom 2. Juni 1997, vom 21. Juli 1997 und vom 3. November 1997, in: StALu / PGV 1 / Nr. 19.

²¹⁰ Vgl. zur Biografie von Kurt Seib: Becker 2000, S. 191.

Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs - dokumentierte²¹¹.

Vorgestellt wurde die Broschüre anlässlich der mit der traditionellen Jubilarehrung verbundenen 100-Jahr-Feier der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal am 7. November 1997. Festredner war der ehemalige Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig, der gleichzeitig für 50 Jahre ÖTV-Mitgliedschaft geehrt wurde. Dr. Ludwig kritisierte die zunehmende Dominanz der Wirtschaft über die Politik und betonte, dass trotz Öffnung der Weltmärkte die Menschlichkeit nicht vergessen werden dürfe. Anschließend wurden 234 Jubilare geehrt, darunter 152 für 25jährige Mitgliedschaft, 50 Jubilare mit 40 Jahren Mitgliedschaft und 30 Jubilare mit 50 Jahren Mitgliedschaft. Zwei Kollegen konnten auf 70 Jahre Gewerkschaftstätigkeit zurückblicken. Die längste Mitgliedschaft mit 78 Jahren hatte der ehemalige Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Oppau, Georg Süß, aufzuweisen. Gerhard Trapp betonte, dass ohne die solidarische Haltung der Jubilare das Erreichte nicht möglich gewesen wäre. Auch der Ludwigshafener Bürgermeister Zeiser betonte, dass die Jubilare „stets eine gute und gerechte Sache“ vertreten hätten. MdB Doris Barnett - die Tochter von Waldemar Frenzel - betonte den großen Anteil der älteren Gewerkschaftsmitglieder am Wiederaufbau. In der Gedenkmappe zur 100-Jahr-Feier der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ist zu lesen: „Es ist gut, dass es in Deutschland Gewerkschaften gibt und - wo wären wir heute, wenn wir keine Gewerkschaften hätten“²¹².

Auf dem Weg zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Nach soviel Feierlichkeit wartete auf den Kreisvorstand am 19. Januar 1998 wieder der Alltag: Es galt die Tarifrunde 1998 zu begleiten. Dabei wurde mehrheitlich Lohnforderungen für die Beschäftigten favorisiert, da eine Beschäftigungssicherung nicht durchzusetzen sei. Deshalb sollte anstatt Warnstreiks massiver Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden. Entsprechend wurde die Kreisverwaltung aufgefordert, eine Liste von Betrieben und Einrichtungen zu erstellen, wo Streiks sinnvoll wären²¹³. Diese Liste lag auch auf der nächsten Kreisvorstandssitzung am 26. Februar 1998 vor – beschränkte sich aber dann doch

²¹¹ Vgl. Nell u.a. 1997.

²¹² Vgl. Gedenkmappe 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, in: StALu / PGV 1 / Nr. 82 sowie der Ordner Jubilarehrung 1997, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²¹³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 19. Januar 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

nur auf für Warnstreiks geeignete Standorte, die dann tatsächlich am 2. und 3. März 1998 im Rahmen einer bundesweiten Aktion auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal durchgeführt wurden²¹⁴. Daraufhin gingen die Tarifpartner in die Schlichtung und präsentierten am 27. März 1998 einen Vorschlag, der einen Tag später auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung gebilligt wurde. Wesentlich Eckpunkte der Einigung waren die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Einkommenssicherung durch Preisausgleich²¹⁵.

Neben der Tarifrunde 1998 führte der Kreisvorstand am 23. März 1998 aber auch erstmals eine Diskussion über die Neugründung „Dienstleistungsgewerkschaft“. Grundlage der Diskussion war der Entwurf einer politischen Plattform zur Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich durch die DGB-Gewerkschaften ÖTV, IG Medien, HBV, DPG und GEW – die sich dann allerdings nicht am weiteren Neustrukturierungsprozess beteiligte – sowie durch die bisher mit diesen Gewerkschaften konkurrierende DAG. Vereinbart hatten diesen Entwurf die beteiligten Gewerkschaften bereits am 4. Oktober 1997. Der Gewerkschaftsbasis übermittelt wurde er am 24. Februar 1998. Im wesentlichen darin formuliert war die Absicht, statt durch eine Fortsetzung der gewerkschaftlichen Konkurrenz durch eine Bündelung der gewerkschaftlichen Kräfte, Antworten auf den tiefgreifenden Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland zu geben²¹⁶.

Am 6. Juni 1998 verabschiedete der ÖTV-Hauptvorstand einen „organisatorischen Grobrahmen zur Neustrukturierung von Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich“, der wiederum auf 12 regionalen Diskussionsforen debattiert werden sollte und damit die Diskussion über erste Überlegungen zu den inneren Grundstrukturen der neuen Gewerkschaft eröffnete²¹⁷. Am 2. November 1998 beschloss der Kreisvorstand erstmals auch die Gewerkschaftsbasis in die Diskussion über die Neugründung einer Dienstleistungsgewerkschaft mit einzubeziehen und berief deshalb für den 23. November

²¹⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 26. Februar 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²¹⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzungen vom 23. März 1998 und vom 30. März 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134 sowie „Die Rheinpfalz“ vom 30. März 1998.

²¹⁶ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 23. März 1998 sowie die ergänzenden Materialien zur Neustrukturierung der Gewerkschaften, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²¹⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. Juni 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

1998 eine Vertrauensleute-Vollversammlung ein, die im Rahmen einer engagierten Diskussion das bisherige Vorgehen des ÖTV-Hauptvorstandes billigte²¹⁸.

Anschließend stand jedoch sowohl beim Kreisvorstand als auch bei der Basis die Tarifrunde 1999 im Mittelpunkt des Interesses: Gefordert wurden 6% mehr Lohn und Gehalt sowie eine Laufzeit von 12 Monaten²¹⁹. Zur Durchsetzung dieser Forderung führte die ÖTV in Ludwigshafen am 25. Februar 1999 einen ungewöhnlichen Warnstreik durch: Die Streikenden versammelten sich vor der Parteizentrale der SPD in der Maxstraße, um Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine an seine Wahlversprechen zu erinnern, die er am 1. Mai 1998 auf der Maikundgebung des DGB in Ludwigshafen gemacht hatte²²⁰. Bereits am 27. Februar 1999 erfolgte der Tarifabschluss mit 3,1% Lohnerhöhung bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Der Abschluss wurde allgemein positiv bewertet; sowohl die neue rot-grüne Bundesregierung als auch die Gewerkschaft ÖTV waren offensichtlich nicht ernsthaft an einer Konfrontation interessiert gewesen²²¹.

Trotz des Tarifabschlusses geriet anschließend der Diskussionsprozess über die neue Dienstleistungsgewerkschaft in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal erneut ins Hintertreffen, denn nun stand dort die Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz 2000 im Vordergrund. Personell taten sich neue Schwierigkeiten innerhalb der Kreisverwaltung auf, da die stellvertretende Geschäftsführerin Sigrid Meier zum 31. März 1999 aus der Kreisverwaltung ausschied, da sie zur Bezirksverwaltung nach Mainz wechselte²²². Nachfolgerin von Sigrid Meier wurde Mitte August 1999 Katharina Gockel – die stellvertretende Geschäftsführung blieb jedoch unbesetzt. Auch der Tagesordnungspunkt „Info über Sachstand ver.di“ auf der Kreisvorstandssitzung am 9. September 1999 ließ noch viele Fragen offen, insbesondere welche Auswirkungen die neue Dienstleistungsgewerkschaft auf die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal haben würde. Bei soviel Unklarheit betreffend der Zukunft zeigte sich der Kreisvorstand jedoch in der Bewahrung seiner Vergangenheit konsequent und beschloss sowohl die Fortschreibung seiner Geschichte durch den Autor: nun vom 24. März 1945 - dem Tag der Befreiung Ludwigshafens - bis zum

²¹⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzungen vom 2. November 1998 und vom 30. November 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²¹⁹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 30. November 1998, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²²⁰ Vgl. „Mannheimer Morgen“ vom 26. Februar 1999.

²²¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 1. März 1999, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134 sowie die Sammlung zur Tarifrunde 1999, in: StALu / PGV 1 / Nr. 110.

²²² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 1. März 1999, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

7. November 1997 – der Feier von „100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal“ - als auch die Übergabe der zentralen Bestände des Archivs der ÖTV-Kreisverwaltung als Depositum an das Stadtarchiv in Ludwigshafen²²³.

Im Mittelpunkt der ersten Kreisvorstandssitzung im Jahr 2000 stand erneut die Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz. U.a. wurde beschlossen, der Konferenz mit Hans Ulrich Stumm den stellvertretenden Personalratsvorsitzenden bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen als Nachfolger für den nach seiner Pensionierung ausscheidenden Gerhard Trapp vorzuschlagen. Allerdings stand auch die Tarifrunde 2000 auf der Tagesordnung. Diesmal wurde eine lineare Lohnerhöhung von 4,5% bei einer Laufzeit von 12 Monaten gefordert²²⁴. Die Kreisdelegiertenkonferenz selbst trat dann am 10. März 2000 zusammen. Von den anwesenden 121 Delegierten wurde Hans Ulrich Stumm mit 113 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und bei 6 Enthaltungen gleichzeitig zum neuen und letzten Vorsitzenden der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Erhardt Simon (TWL), Birgit Biermann (LVA Speyer), Martin Flörchinger (Stadtverwaltung Speyer), Rainer Wolfert (Klinikum Ludwigshafen) und Jürgen Lüders (Stadtverwaltung Frankenthal) gewählt. Der bisherige Kreisvorsitzende Gerhard Trapp wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Für ver.di hatte sich kein Tagesordnungspunkt auf der letzten Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal gefunden²²⁵.

Nach der harmonischen Kreisdelegiertenkonferenz ging es am 04. Mai 2000 in Ludwigshafen anlässlich der Tarifverhandlungen 2000 wieder kämpferischer zu. 500 ÖTV-Mitglieder hatten sich vor dem Rathaus zu einem Warnstreik versammelt. Der Kreisvorsitzende Stumm stellte fest: „Es ist eine Sauerei, dass die Arbeitgeberseite bisher noch kein Angebot vorgelegt hat.“ „Wir stehen voll hinter den Forderungen der ÖTV.“ bekundete Bürgermeister Zeiser für die SPD²²⁶. Einen Tag später konstituierte sich der neue Kreisvorstand. Dabei wurde auch festgestellt, dass es an der Zeit ist, die inneren Strukturen in den zukünftigen Bezirken von ver.di zu diskutieren²²⁷. Wiederum einen Tag später erklärten ÖTV und DAG die Verhandlungen mit den Arbeitgebern als gescheitert. Nun ging es in die Schlichtung. Der

²²³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 9. September 1999, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²²⁴ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 19. Januar 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²²⁵ Vgl. das Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz vom 10. März 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134, den Ordner Kreisdelegiertenkonferenz 2000, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal sowie die Sammlung zur Kreisdelegiertenkonferenz vom 10. März 2000, in: StALu, PGV 1, Nr. 108.

²²⁶ Vgl. die Berichterstattung von „Die Rheinpfalz“ und „Mannheimer Morgen“ vom 5. Mai 2000 über die Kundgebung.

²²⁷ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 5. Mai 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

Schlichtungsspruch lag am 25. Mai 2000 vor und wurde von der außerordentlichen Kreisvorstandssitzung am gleichen Tag als „gerade noch akzeptabel“ eingeschätzt²²⁸. Allerdings lehnte die große Tarifkommission der ÖTV den Schlichterspruch mehrheitlich ab. Daraufhin trat sich am 31. Mai 2000 der Kreisvorstand wieder zusammen, um die Einleitung und Durchführung einer Urabstimmung zwischen dem 5. bis 7. Juni 2000 und eventuell weiter Maßnahmen zu beschließen²²⁹. Das Ergebnis der Urabstimmung war dann auch im Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal so eindeutig, dass sich der Kreisvorstand bereits am 7. Juni wieder traf, um eine Strategie für mögliche Arbeitskämpfmaßnahmen zu entwickeln. Nun zeigten sich aber auch die Arbeitgeber kompromissbereiter. Beide Parteien einigten sich schließlich auf eine Gehaltserhöhung um 2% ab August 2000 und eine weitere um 2,4% ab September 2001 mit einer Laufzeit bis 31. Oktober 2002²³⁰.

Nach dem Tarifabschluss rückten die Vorbereitungen zu den Personalratswahlen 2001 in den Mittelpunkt des Interesses der Gewerkschaftsbasis. So fand sich erst am 17. August 2000 - und auch nur bedingt durch die Vertagung eines Gesprächs mit dem umstrittenen DGB-Kreisvorsitzenden Brunold - die Zeit auf einer Kreisvorstandssitzung den Schwerpunkt auf die Entwicklungen zu ver.di zu setzen. Hierzu war vorab den Kreisvorstandsmitgliedern die Satzung der Gewerkschaft ver.di zur Verfügung gestellt worden. In der Diskussion wurde erstmals deutlich, dass unter den Kreisvorstandsmitgliedern erhebliche Bedenken gegenüber der Konzeption von ver.di bestanden. Bezweifelt wurde sowohl, dass durch ver.di die negative Mitgliederentwicklung – erstmals seit vielen Jahren war der Mitgliederstand der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal unter knapp 9 000 gesunken – aufzuhalten sei als auch kritisiert, dass die ÖTV – im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften – sich von Anfang an nicht intensiv genug mit dem Thema ver.di beschäftigt hätte. Letztlich verblieb man bei dem offenen Kompromiss: Weitermachen mit dem ver.di-Prozess, allerdings nicht um jeden Preis²³¹.

Auch der ÖTV-Hauptvorstand folgte dieser Linie und sprach sich am 27. September 2000 mit 86% für die neue Dienstleistungsgewerkschaft aus. Die letzte Entscheidung lag jedoch beim

²²⁸ Vgl. die Sammlung zur Tarifrunde 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 111 sowie das Protokoll der außerordentlichen Kreisvorstandssitzung vom 25. Mai 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²²⁹ Vgl. die Sammlung zur Tarifrunde 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 111 sowie das Protokoll der außerordentlichen Kreisvorstandssitzung vom 31. Mai 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²³⁰ Vgl. die Sammlung zur Tarifrunde 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 111 sowie das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 7. Juni 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

²³¹ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 17. August 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

14. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV, der vom 4. bis 10. November 2000 in Leipzig tagte. Am Abend des 7. November 2000 votierten dort 62,4% der Delegierten für den ver.di-Antrag des Hauptvorstandes – und damit weit weniger als die laut Satzung der ÖTV für einen Beitritt notwendigen 80%, die dann auf dem nachfolgenden außerordentlichen Gewerkschaftstag für die Verschmelzung mit den vier anderen Gewerkschaftspartnern zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di notwendig gewesen waren. Wäre es also dort bei diesem Ergebnis geblieben, dann wäre auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di durch die anderen vier Gewerkschaftspartner nicht gebildet worden. Dies erkannte vorab auch der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai und erklärte daraufhin am 8. November 2000, dass er nicht mehr für eine erneute Kandidatur zur Verfügung stehen würde. Mai zahlte mit seinem Rücktritt den Preis dafür, dass die Unzufriedenheit der Delegierten mit dem Tarifabschluss 2000 sich auf seine Person und ver.di übertragen hatten. Mit seinem Rückzug hob er die Blockade von ver.di durch die Delegierten auf. Deutlich wurde dies, als die Delegierten noch am 8. November 2000, aber erst nach Rückzug von Mai nun mit 73,6% für die Einberufung des außerordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV vom 16. bis 18. März 2001 nach Berlin votierten, der dann die Verschmelzung der ÖTV mit ver.di beschließen sollte. Zusätzlich votierten die Delegierten sogar mit 94,7% für Frank Birske als Nachfolger von Gerhard Mai. Birske war nicht nur ein erklärter „ver.dianer“, sondern ist auch als Mitglied von „Bündnis 90 / Die Grünen“ der erste Nicht-Sozialdemokrat an der Spitze der ÖTV²³².

Für die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal hatten Hans Ulrich Stumm, Birgit Biermann und Martin Flörchinger als Delegierte sowie Gerhard Trapp als Beiratsmitglied am 14. Gewerkschaftstag teilgenommen; insbesondere Gerhard Trapp äußerte sich auf der nachfolgenden Kreisvorstandssitzung enttäuscht über den dortigen Umgang der Kolleginnen und Kollegen untereinander und fand es beschämend, dass keiner der Bezirksvorsitzenden der ÖTV zu einer Kandidatur für den ÖTV-Vorsitz bereit gewesen war. Trotzdem war es mehr zufällig, dass der Kreisvorstand sich auf der gleichen Sitzung entschloss, die „Mobbing-Beratung“ für Mitglieder der ÖTV-Kreisverwaltung aufrechtzuerhalten. Das daran auch ein echtes Interesse unter der Mitgliedschaft bestand, hatte zuvor am 4. September 2000 die für Vertrauensleute und interessierte Mitglieder bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen durchgeführte Arbeitstagung „Mobbing“ gezeigt²³³.

²³²Vgl. „Das ÖTV-Magazin“, Nr. 12/2000 sowie die Sammlung zur Schaffung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, in: StALu / PGV 1 / Nr. 112.

²³³ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. November 2000, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134 sowie die Dokumentation der Arbeitstagung „Mobbing“, in: StALu / PGV 1 / Nr. 135.

Trotz der unrühmlichen Vorgänge auf dem 14. Gewerkschaftstag war ver.di nun nicht mehr zu stoppen: Am 22. November 2000 unterzeichneten die fünf Dienstleistungsgewerkschaften den Verschmelzungsvertrag. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass in Rheinland-Pfalz fünf ver.di-Bezirke gebildet werden. Für die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal bedeutete dies die Zusammenlegung mit den Kreisverwaltungen Worms und Neustadt-Landau²³⁴. Während sich ver.di also immer mehr konkretisierte und eigentlich einer verstärkten Propagierung an der Gewerkschaftsbasis bedurft hätte, musste sich die Kreisverwaltung mit den Personalratswahlen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen befassen, die bereits seit Spätsommer 2000 in einem langwierigen Kandidaten-Auswahlverfahren durch die Vertrauensleute vorbereitet worden waren und nun vom 28. bis 30. März 2001 durchgeführt werden sollten. Denn entsprechend dem Konstituierungsablauf von ver.di waren diese Wahlen in Ludwigshafen also noch einmal von der Gewerkschaft ÖTV und nicht ver.di zu gewinnen²³⁵.

Dass sich aber die traditionelle Gewerkschaftslandschaft tatsächlich längst im Umbruch befand, machten die offiziellen Tarifinformationen 2001 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst deutlich, die erstmals gemeinsam von ÖTV und DAG verbreitet wurden²³⁶. Aber auch dies war nur eine zeitliche Episode, denn 87,1% der Delegierten des vom 16. bis 18. März 2001 in Berlin tagenden außerordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV votierten für einen Beitritt zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die neue Dienstleistungsgewerkschaft konstituierte sich dann vom 19. bis 21. März 2001 ebenfalls in Berlin. Der Bundesvorstand der neuen Dienstleistungsgewerkschaft erhielt eine Zustimmung von 95,9% der Delegierten. Bundesvorsitzender wurde der bisherige ÖTV-Vorsitzende Frank Birske²³⁷.

So bundesweit schon ver.di, aber in Rheinland-Pfalz und damit auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal noch immer die ÖTV, konnte diese am 30. März 2001 bei den Personalratswahlen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen noch einmal einen großen Erfolg für sich verbuchen, in dem man 16 der 21 möglichen Sitze gewann und das ÖTV-Ergebnis gegen 1997 noch einmal um 6% auf 76% steigerte. Am 6. April 2001 wurde der seit 16 Jahren

²³⁴Vgl. die Sammlung zur Schaffung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, in: StALu / PGV 1 / Nr. 112.

²³⁵ Vgl. die Sammlung zur Tätigkeit der Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen, in: StALu / PGV 1 / Nr. 101.

²³⁶ Vgl. die Sammlung zur Tarifrunde 2001, in: StALu / PGV 1 / Nr. 136.

²³⁷ Vgl. „Das ÖTV-Magazin“, Nr. 4/2001 sowie die Sammlung zur Schaffung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, in: StALu / PGV 1 / Nr. 112.

amtierende Personalratsvorsitzende bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Wolfgang Schneider, in seinem Amt bestätigt, zu seinem Stellvertretern Hans Ulrich Stumm und Helmut Reis gewählt²³⁸.

Am 26. April 2001 konstituierte sich in Mainz der Landesbezirk der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der rund 117 000 Mitglieder umfasst. Zum Landesbezirksleiter wurde Uwe Klemens – ehemals HBV - gewählt. Der ehemalige Landesgeschäftsführer der ÖTV, Dietmar Muscheid, wurde einer seiner vier Stellvertreter. Die fünfköpfige Landesleitung erhielt 91,1% der Delegiertenstimmen. Der ehrenamtliche Landesbezirksvorstand wird von Horst Maus aus Mainz – ehemals ÖTV- geführt. Ihm gehört u.a. aus den Reihen der ÖTV auch Sandra Schuchmann aus Ludwigshafen als Vertreterin für die Jugend an. Ein Grußwort hielt Ministerpräsident Kurt Beck, der als ehemaliger ÖTV-Funktionär nun ebenfalls der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di angehört²³⁹.

Nun war es aber auch in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal an der Zeit die letzten Weichen in Richtung ver.di zu stellen. Am 14. Mai 2001 begrüßte der Kreisvorsitzende Hans Ulrich Stumm die Mitglieder des ÖTV-Kreisvorstandes „zur wahrscheinlich letzten Sitzung dieses Gremiums“. Erster Tagesordnungspunkt war daher: „Letzte Abstimmung zur ver.di Gründungskonferenz“. Weiterhin erhielt Geschäftsführer Lothar Plogsties die Vollmacht, die erforderlichen Schritte für die Anmietung bzw. eventuellem Kauf geeigneter Büroräume für das zukünftige ver.di-Büro der Bezirksverwaltung in die Wege zu leiten. Abschließend zeigte der Kreisvorstand sowohl noch einmal Perspektivdenken, indem er die Finanzmittel für ein Jugendprojekt zur Verfügung stellte als auch Geschichtsbewusstsein, in dem er den Autor beauftragte, die zwei vorliegenden Bände zur Dokumentation der Organisationsgeschichte der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal zwischen 1897 und 1933²⁴⁰ sowie zwischen 1945 und 1997²⁴¹ zusammenzufassen und bis 2001 fortzuschreiben, um so die Gesamtgeschichte der ÖTV-Kreisverwaltung zu bewahren²⁴².

Die Gründungskonferenz des ver.di-Bezirktes rhein.pfalz

²³⁸ Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 2. April 2001, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134 sowie die Sammlung zur Personalratswahl bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen, in: StALu / PGV 1 / Nr. 137.

²³⁹ Vgl. die Berichterstattung über die Gründungskonferenz, in: „Die Rheinpfalz“ vom 27. April 2001.

²⁴⁰ Vgl. Nell u.a. 1997.

²⁴¹ Vgl. Becker 2000.

²⁴² Vgl. das Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 14. Mai 2001, in: StALu / PGV 1 / Nr. 134.

Bereits seit Ende März 2001 firmierte die Geschäftsstelle der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal als „ötv in ver.di Büro Ludwigshafen“. Offiziell zu Ende ging die Geschichte der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal aber erst am 16. Juni 2001 mit der Gründungskonferenz des ver.di Bezirkes rhein.pfalz, der nun organisatorisch Worms sowie die Vorder- und Südpfalz bis zur französischen Grenze umfasst. Die bisherige ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal stellte auf der konstituierenden Bezirkskonferenz noch einmal 46 der 200 ordentlichen Delegierten. Per Akklamation gewählt wurden von ihnen 33 Bezirksvorstandsmitglieder, darunter als Bezirksvorsitzender der bisherige Vorsitzende der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal Hans Ulrich Stumm. Im größten ver.di-Bezirk in Rheinland-Pfalz werden nun rund 32 000 Mitglieder durch 15 Gewerkschaftssekretäre in Büros in Ludwigshafen, Speyer, Neustadt und Worms betreut. Begrüßt wurden die 200 Delegierten im Ludwigshafener Pfalzbau durch den Sozialdezernenten Fritz Heiser sowie den gerade ebenfalls neu gewählten Ludwigshafener DGB-Vorsitzenden Franz Edinger. Das Hauptreferat hielt der ver.di-Landesbezirksleiter Uwe Klemens, der bereits erste Erfolge der neuen Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft darstellen konnte. Während anschließend der Bezirksvorsitzende Hans Ulrich Stumm auf der Konferenz betonte, dass ein Schwerpunkt der Arbeit zukünftig im Jugendbereich liegen würde, stellte der designierte Geschäftsführer Alfred Hub – vormals HBV – fest, dass ver.di längst vor dieser Konferenz bereits durch den Lenkungsausschuss und die Etablierung der Fachbereichsvorstände die Arbeit aufgenommen hatte und auch vor Ort öffentlich – so am 9. November 2000 bei einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus – in Erscheinung getreten sei. Als eine der zentralen Aufgaben von ver.di in Ludwigshafen bezeichnete er den Erhalt der städtischen Tochterunternehmen. Hierbei dürfte auch der bisherige Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Lothar Plogsties, besonders gefordert sein, der nun im neuen ver.di-Bezirk als einer der Stellvertreter von Alfred Hub als Regionalbeauftragter für den Standort Ludwigshafen und als Fachbereichsleiter für die Fachbereiche Ver- und Entsorgung sowie Verkehr wirken wird²⁴³.

²⁴³ Vgl. StALu / PGV 1 / Nr. 140.

Schlussbetrachtung

Von der Gründung des Verbandes der Gasarbeiter in Ludwigshafen am 25. Oktober 1897 bis zum Übergang der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal in den neuen ver.di-Bezirk rhein.pfalz am 16. Juni 2001 war es ein langer und oft steiniger Weg. Gerade jedoch in ihrem Zentrum, in der Arbeiterstadt Ludwigshafen, konnten die Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer des öffentlichen Dienstes auf der Arbeitgeberseite häufig auch Verbündete finden. Eine Tradition, die sich hier bereits in der Kaiserzeit begründete und nur in den 12 Jahren der nationalsozialistischen Terrorherrschaft unterbrochen war. Ob die neue Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nun im neuen Jahrtausend bei den öffentlichen Arbeitgebern in ihrem Bezirk rhein.pfalz allerdings noch so ähnlich gute Voraussetzungen wie Gewerkschaft ÖTV bei ihrer Etablierung 1949 vorfinden wird, wird sich schon sehr bald erweisen. Vieles an gewerkschaftlicher Tradition ist im Verlaufe von 52 Jahren ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal verloren gegangen oder erscheint heute nicht mehr zeitgemäß. Dennoch wird die neue Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft jetzt von den Aktiven von nun gleich fünf beigetretenen Gewerkschaften mitgetragen, die wesentliche gewerkschaftliche Erfahrungen im Ausbau und der Verteidigung des Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland aus den Bereichen öffentlicher Dienst, Post, Druckgewerbe, Handel, Transport usw. in die neue Organisation einbringen. Und schließlich hat das aktive Handeln der Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich nicht nur zur Ermöglichung des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik Deutschland und sondern auch zum Erhalt ihrer demokratischen Verfassungsordnung beigetragen. Hierfür waren die Gewerkschafter bereit, auch innerhalb der Organisation zu kämpfen. Die Härte der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in Ludwigshafen im Kalten Krieg mag heute überraschen; sie war jedoch ein Teil des damaligen gesamtgesellschaftlichen Konfliktaustrages. Die Geschichte der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ist dennoch eine Erfolgsgeschichte und verdient nicht nur ihrer Bewahrung, sondern auch ihrer Fortsetzung durch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Anhang

Dokumente

Dokument 1: Die Ortsverwaltung Ludwigshafen des Einheitsverbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen / Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltung 1946 bis 1949

1946 Vorsitzender: Edwin Will (SPD)

Stellvertreter: Georg Süß (KPD)

Schriftführer: Adolf Deutsch (KPD)

Kassierer: Robert Laub (SPD)

Beisitzer: Jakob Bechtold (CDU)

Jakob Höcky (KPD)

Markus Geiberberger (SPD)

1947 Vorsitzender: Edwin Will (SPD)

Stellvertreter: Georg Süß (KPD)

Schriftführer: Georg Zeuch (SPD)

Kassierer: Ernst Zickgraf (CDU)

Beisitzer: Paul Dissinger (CDU)

Adolf Deutsch (KPD)

Georg Wehring (KPD)

Friedrich Dreher (KPD)

Wilhelm Hessler (SPD)

Johann Keilbach (KPD)

1948 Vorsitzender: Johann Keilbach (SPD)

Stellvertreter: Wilhelm Hessler (SPD)

Schriftführer: Marie Günzel (SPD)

Kassierer: Richard Goldate (SPD)

Beisitzer: Georg Süß (KPD)

Ludwig Barbarino (KPD)

Karl Jantz (KPD)

Friedrich Dreher (KPD)

Georg Zeuch (SPD)

Otto Meth (SPD)

Jakob Wettengel (Parteilos)

1949 Vorsitzender: Johann Keilbach (SPD)

Stellvertreter: Georg Süß (KPD)

Schriftführer: Marie Günzel (SPD)

Kassierer: Richard Goldate (SPD)

Beisitzer: Ludwig Barbarino (KPD)

Friedrich Dreher (KPD)

Georg Zeuch (SPD)

Wilhelm Hessler (SPD)

Philipp Heimberger (SPD)

Anton Müller (SPD)

Jakob Wettengel (Parteilos)

Dokument 2: Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1950-2001

1950 Kreisverwaltung Ludwigshafen

Vorsitzender: Johann Keilbach Geschäftsführer: Matheus Wehrlein

Stellvertreter: Christian Käß

1951. 01.06. Vorsitzender: Johann Keilbach Geschäftsführer: Wehrlein bis 30.09.51

Stellvertreter: Christian Käß Geschäftsführer: Walter Klein ab 01.03.52

1952. 02.10 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Walter Klein

Stellvertreter: Bruno Hofmann

1953. 29.03 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Walter Klein bis
30.04.54

Stellvertreter: Bruno Hofmann Geschäftsführer: Albrecht Mentrop ab
01.11.54

1956. 12.04 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Christian Käß

1959 Frankenthal zur Kreisverwaltung Ludwigshafen

1961. 20.02 Vorsitzender: Herbert Müller jr. Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Paul Selbach

1964. 13.02 Vorsitzender: Christian Käß Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Ludwig Nell

1968. 05.01 Vorsitzende: Heny Roos Geschäftsführer: Mentrop bis 30.04.68

Stellvertreter: Paul Liebel Geschäftsführer: Alfred Uhrig ab 01.05.68

Waldemar Frenzel

1970 Speyer zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal

Vorsitzende: Heny Roos Geschäftsführer: Alfred Uhrig

Stellvertreter: Paul Liebel

Waldemar Frenzel

Bernd Pallentien

1975. 24.10 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig
Stellvertreter: Paul Liebel
Walter Strobel
Johannes Scherr

1979. 26.10 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig
Stellvertreter: Paul Liebel
Gustav Pade
Johannes Scherr bis 31.12.81
Jürgen Lüders ab 01.01.1982

1983. 23.09 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig bis
28.02.86
Stellvertreter: Gustav Pade Willi Löw ab 01.03.86
Jürgen Lüders
Herbert Höfer bis 14.10.85
Karl Brauch ab 14.10.85

1987. 26.06 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Willi Löw
Stellvertreter: Gustav Pade
Jürgen Lüders
Karl Brauch

1991. 14.06 Vorsitzender: Gerhard Trapp Geschäftsführer: Willi Löw bis 31.03.93
Stellvertreter: Jürgen Lüders Reinald Rohleder ab 01.04.93
Karl Brauch Lothar Plogsties ab 01.06.94
Franz Seiller
Friederike Ebli

1996. 19.01 Vorsitzender: Gerhard Trapp Geschäftsführer: Lothar Plogsties
Stellvertreter: Jürgen Lüders
Hans Ulrich Stumm
Roswitha Bruchwitz

2000. 10.03. Vorsitzender: Hans Ulrich Stumm

Geschäftsführer: Lothar Plogsties

Stellvertreter: Erhardt Simon

Birgit Biermann

Martin Flörchinger

Rainer Wolfert

Jürgen Lüders

Quellen

Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarchiv Hermann W. Morweiser

- Nachlass August Fend

Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen

- Gesamtbestand

Stadtarchiv Ludwigshafen / StALu

- PGV 1 (Depositum der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen; persönlichen Sammlung von ÖTV-Vertrauensmann Dr. Klaus J. Becker; Sammlung von Dokumenten zur Gewerkschaft ÖTV durch das Stadtarchiv Ludwigshafen)
- Bestand LuA (Schriftgut der Stadtverwaltung Ludwigshafen bis 1945)
- Bestand LuN (Schriftgut der Stadtverwaltung Ludwigshafen ab 1945)
- Protokolle des Stadtrates Ludwigshafen 1853-2001
- Fotosammlung
- Plakatesammlung
- Manuskriptsammlung
- Druckschriftensammlung
- N 1 (Nachlass Herbert Müller)
- N 2 (Nachlass Hans Lutz)
- N 11 (Sammlung Ludwig Nell)
- N 14 (Archiv Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig)
- N 17 (Nachlass Franz Josef Ehrhardt)
- N 32 (Nachlass Georg Süß)

Literatur

Becker, Klaus J.: 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Band 2. Eine Dokumentation vom 24. März 1945 bis 7. November 1997. Herausgegeben von Lothar Plogsties, Ludwigshafen am Rhein 2000

Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Mainz 2001

Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987

Breunig, Willi: Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869-1919. 2. Auflage, Ludwigshafen am Rhein 1990

Buchheim, Christoph: Industrielle Revolutionen. Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und Übersee, München 1994

Friedrich, Claudia: Emanzipation auf Widerruf. Arbeiterfrauen in Ludwigshafen während des Ersten Weltkrieges und den Anfängen der Weimarer Republik (1914-1921), Ludwigshafen am Rhein 2000

Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft. Zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart 1959

Geis, Manfred / Nestler, Gerhard (Hrsg.): Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, Edenkoben 1999

Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949.

Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau, Landau 1991

Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt an der Weinstraße 1989

Janson, Günther / Lutz, Hans / Lutz, Käthe: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 10. März 1933 in Oppau, Ludwigshafen am Rhein 1989

Kusch, Katrin: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1951, Mainz 1989

Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988

Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983, Frankfurt am Main 1983

Ludwig, Werner: Unterwegs. Lebenserinnerungen, Landau 1997

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, London 1848

Meinzer, Lothar: Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen am Rhein 1991

Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996

Nell, Ludwig / Seib, Kurt / Hofmann, Bruno: 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Band 1. Eine Dokumentation vom 25. Oktober 1897 bis 18. Februar 1933. Herausgegeben von Lothar Plogsties, Ludwigshafen am Rhein 1997

Nestler, Gerhard / Ziegler Hannes (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Zweite durchgesehene Auflage, Landau 1997

Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt am Main / New York 1983

Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989

Schneider, Wolfgang: „Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996

Seidl, Michael: Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt an der Weinstraße 1990

SPD-Stadtverband Ludwigshafen am Rhein (Hrsg.): Der Freiheit und Demokratie verpflichtet. Beiträge zur Geschichte der Ludwigshafener Sozialdemokratie, Neustadt an der Weinstraße 1986

SPD-Stadtratsfraktion (Hrsg.): 100 Jahre sozialdemokratische Kommunalpolitik für Ludwigshafen. Historische und aktuelle Beiträge 1889-1989, Ludwigshafen am Rhein 1989

Stadt Speyer (Hrsg.): Geschichte der Stadt Speyer. Band II, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1982

Stürmer, Vera / Hundinger, Ralf: „Wir kommen wieder“. Ende und Wiederaufbau der pfälzischen SPD 1929-1933 und 1945-1947, Mannheim 1995

Verlagsanstalt Courier GmbH: Zwanzig Jahre ÖTV. Daten, Zeugnisse, Meinungen aus zwanzig Jahren Gewerkschaftsarbeit, Stuttgart 1966

Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.): Es gilt den Kampf. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949. Bearbeitet von Michael Ebenau und Alfred Kuffler, Frankenthal 1984

Weiß, Gerhard: Die ÖTV. Politik und gesellschaftspolitische Konzeption der Gewerkschaft ÖTV von 1966 bis 1976, Marburg 1978

Zimmermann, Rüdiger: 100 Jahre ÖTV - Biographien. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996

Zeitungen

Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) für den Bezirk Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1924-1933

Der Gewerkschaftler. Mitteilungsblatt der Gewerkschaften Hessen-Pfalz, Neustadt an der Haardt 1946-1949

Die Gewerkschaft – Organ für die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigung, Kanalisations-Wasserwerken) auf Holz- und Kohleplätzen und sonstige Arbeitsleute, Berlin 1897-1933

Die Freiheit. Zeitung für sozialen und kulturellen Fortschritt, Mainz 1947-1966

Die Rheinpfalz, Ludwigshafen am Rhein 1945 ff.

General-Anzeiger, Ludwigshafen am Rhein 1918-1941, 1949-1969

Mannheimer Morgen, Mannheim 1946 ff.

Neues Leben. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1947-1950

Pfälzische Post, Ludwigshafen am Rhein 1895-1933

Unser Tag. Volkszeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport, Ludwigshafen am Rhein 1950-1956

Zeitschriften

Das ÖTV-Magazin. Heft 5 / 1960 - heute

Der Funktionär. Jg. 1949 - Jg. 1958

Der Vertrauensmann. Jg. 1959 - Jg. 1965

Insider. Die ÖTV-Vertrauensleute berichten 1994 ff.

Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr. Zentralorgan der Gewerkschaft. Zentralorgan der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Jg. 1949-1951

ÖTV-aktuell. Eine Information für Funktionärinnen und Funktionäre der Gewerkschaft ÖTV in Rheinland-Pfalz 1988-1989

ÖTV-Argumente. Jg. 1980 - heute

ÖTV-Presse. Jg. 1952 - Heft 4/1960

ÖTV-Tarif 1998/1999/ 2000/2001

ÖTV-Tarifinformationen 1990-1992

ÖTV-Tarif-Nachrichten 1992

Der Kreisvorsitzende

Der Herausgeber

Lothar Plogsties wurde am 24. Mai 1946 als erstes Kind einer Arbeiterfamilie in Dortmund/Westfalen geboren. Die Mutter: Verkäuferin, der Vater: gelernter Huf- und Wagenschmied. Nach der 8. Klasse Volksschule Berufsausbildung als Fernmeldehandwerker bei der Post und zugleich Eintritt in die Gewerkschaft. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erfolgte eine Beschäftigung als Arbeiter im Fernmeldeamt II in Dortmund. Danach 18 Jahre Tätigkeit als Berufssoldat bei der Marine und bei der Luftwaffe mit Verwendung in Italien, Portugal und England. In dieser Zeit war er gewählter gesetzlicher Vertrauensmann. 1978 wurde er Mitglied der SPD und war im Stadtrat der Stadt Cochem. Innerhalb der SPD war er Mitherausgeber einer politischen Zeitung („Zündkopf“) im Landkreis Cochem, Zell und Wittlich. Er war Vorsitzender der ÖTV-Abteilung Soldaten in Rheinland-Pfalz und Mitglied im Bundesabteilungsvorstand Soldaten. Viele Jahre leitete er als Vorsitzender der ÖTV-Ortsstelle Cochem-Zell betriebsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit. 1982 wurde er Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV-Kreisverwaltung Neuwied. Ab 1985 arbeitete er 2 ½ Jahre für die ÖTV-Hauptverwaltung verantwortlich an einem Projekt, wie gewerkschaftliche Arbeit unter bestimmten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aussehen könnte, sollte und müsste. Diese Arbeit floss damals u.a. in den bedeutenden Antrag 528 (Reformen der ÖTV) auf dem Gewerkschaftstag 1988. Es ist in dem Projekt auch die in der ÖTV zu einem festen Bestandteil gewordene Kerngruppenarbeit entstanden. Ab 1988 war Lothar Plogsties verantwortlich für die bezirkliche Bildungs- und Jugendarbeit der ÖTV-Rheinland-Pfalz. Von 1991 bis 1993 führte er die Geschäfte der ÖTV-Kreisverwaltung Worms-Alzey. Von 1994 bis 2001 war er Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit in Ludwigshafen war die Begleitung des Reformprozesses der Stadtverwaltung Ludwigshafen. Im neu gebildeten ver.di-Bezirk rhein.pfalz wird er stellvertretender Geschäftsführer, Regionalbeauftragter für den Standort Ludwigshafen und Fachbereichsleiter für die Fachbereiche Ver- und Entsorgung sowie Verkehr. Lothar Plogsties ist verheiratet, wohnt in Ludwigshafen und ist Vater von 5 Kindern.

Der Autor

Klaus J. Becker wurde am 07. Juli 1963 in Bockenheim an der Weinstraße als viertes Kind einer Arbeiterfamilie geboren. 1983 Abitur am Staatlichen Leininger Gymnasium in Grünstadt, anschließend Zivildienst im Rettungsdienst und Krankentransport. Seit 2. Januar 1984 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und des DGB-Ortskartells Grünstadt. 1986 bis 1988 Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann, anschließend Studium der Betriebswirtschaftslehre, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Neueren Geschichte sowie der Politischen Wissenschaft an der FH Worms und der Universität Mannheim. 1994 Studienabschluss als Magister Artium. Anschließend Promotion mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung des DGB über „Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956“. Seit November 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Ludwigshafen, Vertrauensmann der Gewerkschaft ÖTV. Mai 1999 Abschluss der Promotion als Dr. phil. Mehrere Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere zur KPD und SPD in Rheinhessen, der Pfalz und in Rheinland-Pfalz.